

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647.

Nummer 36

Berlin, den 6. September 1930

5. Jahrgang

Freie Gewerkschaften und Reichstagswahl.

Am 14. September ist das deutsche Volk zur Reichstagswahl berufen. Der Reichstag wollte sich nicht ausschalten lassen. Er lehnte es ab, daß Deutschland mit seinen 63 Millionen Seelen diktatorisch mit dem § 48 regiert werde. Unter den Diktatur des Herrn Reichspräsidenten nicht weit genug geht. Ferner solche, die sie nicht auf kurze Zeit bemessen, sondern jahrelang aufrechterhalten möchten. Diesen zu zeigen, daß das deutsche Volk dem Gängelband entwachsen ist, darüber ist am 14. September zu entscheiden. Die Entscheidung liegt in den Händen der Arbeiterklasse, die neun Zehntel des gesamten Volkes bildet, und die nach den Worten des früheren deutsch-nationalen, jetzt volkskonservativen „Gewerkschaftlers“ Vambach jedes Massengesetz zugunsten der Nichtarbeiter verhindern könnte. Es soll sich die gesamte Arbeiterklasse auf diese ihre geschichtliche Mission besinnen: einheitlich sozialdemokratisch wählen! Dann hat sie es in der Hand, Gesetze im Klasseninteresse der Arbeiter zu schaffen.

Die Wirtschaftskrise, unter der insbesondere die Arbeiterklasse aller Staaten, Frankreich ausgenommen, leidet, ist in allen Ländern der Welt zu verzeichnen. Eine Massenarbeitslosigkeit zeichnet sie aus. Gewiß ist sie zu einem Teil die Folge falscher sozialer Maßnahmen, beeinflusst von einer noch unzulänglichen Zusammenfassung des Reichstages, aber in der Hauptsache eine Folge des Krieges. Diese Folgen hat auch kein Staat mit diktatorischer ausgestatteter Gewalt ausräumen können. Gewalt hat sie verschlimmert. Ein Blick nach Italien, Ungarn, Rußland bietet hinlänglich Beweis.

Die Diktatur, die der Reichstag ablehnte, ist sofort dem deutschen Volke aufgezungen worden. Ihre kurze Wirksamkeit hat die Hebel für die Arbeiterklasse verschärft. Fürsorgende, schützende Maßnahmen, die erweitert, verbessert, auf einen größeren Personenkreis hätten ausgedehnt werden müssen, sind verschlechtert, eingengt, abgebaut worden.

Das Kabinett Müller hat seit dem Jahre 1928 gekämpft gegen Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung. Es hat den Personenkreis für die Krisenunterstützung erweitert. Einsprüche der anderen Kabinettsmitglieder drohten, alles abzulehnen, wenn die Krisenfürsorge nach den Plänen Wiffells ausgedehnt würde. Aber wie die Krisenfürsorge geworden, ging sie weiter als jene des Zentrums-Arbeitsministers Brauns. Die Zahl der Krisenunterstützten ist um 17000 auf 420000 gestiegen!

Die Zahl der bei den Arbeitsämtern verfügbaren Arbeitslosen ist gestiegen. Das Anwachsen von rund 2765000 am 31. Juli auf rund 2845000 am 15. August, also um etwa 80000 ist ein Zeichen für eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Feiertagslohn und Kurzarbeit haben nach den Meldungen der Landesarbeitsämter weiter zugenommen.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat einen Rückgang um rund 3000 auf 1494000 erfahren. Die Gesamtzahl der Unterstützten betrug am 15. August 1915000, wozu noch etwa eine halbe Million Wohlfahrtsunterstützte in den Gemeinden kommen.

Eine solche Heberfüllung des Arbeitsmarktes erfordert Maßnahmen über Mäßigung des Personenkreises und bessere Unterstützung hinaus: Verkürzung der Arbeitszeit, Preisentzug, um den Innenabzug zu hebeln. Nach dem Ausland verkaufen die Syndikate ohnedies billiger! Nicht Senken, sondern Stärken der Kaufkraft. Der Bürgerblock unter Führung Brüning hat die Arbeitslosenunterstützung verschlechtert, damit die Kaufkraft gesenkt, den Innenmarkt verschlechtert. In den Kreis der Verschwendung werden auch die mittleren Schichten hineingezogen. Dieses Spiel des Verderbens hat auch die sogenannte Reichspartei des Mittelstandes mit ihrem Minister Bredt mitgemacht. Ein Mittelständler sagte: „Die Reichspartei steht da, wo für den Mittelstand etwas zu holen ist“. Nein, sie steht in wirtschaftlicher Verblendung in einer politischen Mächtigkeitsgruppierung, die den Mittelstand zerreibt. Seit dem Jahre 1928 haben wir zunehmende Ziffern von Konkursen (1928: 8004, 1929: 9864), das erste Halbjahr 1930 brachte 6672 Konkurse.

Die Deutsche Volkspartei arbeitet seit dem Jahre 1928 an dem Abbau der Arbeitslosenunterstützung. Ihr Herr Curtius hat sie als Wirtschaftsminister angekündigt. Ihr Finanzminister Moldenhauer hat die Vorarbeiten getroffen, um das Werk, das die Verschwendung der Arbeiterklasse fördern wird, zu vollenden. Es geschieht auf Anfordern des Vereins der deutschen Arbeitgeberverbände. Herr v. Borjst hat in einem Brief an den Finanzminister gefordert, daß der finanzielle Ausgleich der Arbeitslosenunterstützung nicht von Beitragserhöhung, sondern von der Leistungsseite erfolgen müsse. Die Deutsche Volkspartei hat diesen Wink: kein Abbau der sozialen Leistungen, kein Geld für die Waffen, sehr wohl verstanden! Außerdem sitzen in ihren Reihen die Vertreter der Schwerbedienten aus Industrie, Verkehr und Handel. Deren Auf nach Lohnabbau, Verhinderung des Schlichtungswesens ist bekannt. Die Gewerkschaften haben ein Interesse daran, diesen Bestrebungen der Deutschen Volkspartei Widerstand zu leisten. Sie tun es, indem sie für einen der Arbeiterklasse freigelegten Waffenkampf wirken!

Das Kabinett Müller hat über ein Jahr lang diese verderbbringenden Maßnahmen verhindert. Das Kabinett Brüning hat sie gebracht und damit bewiesen, daß das Urteil seines Fraktionskollegen Schlad, das dieser bei Beratung der Konsumvereinssteuer fällte, zutreffend ist: „Die Regierung Brüning ist die reaktionärste der ganzen Nachkriegszeit“.

Ohne zwingenden Grund sind die Leistungen der Krankenkassen eingeschränkt, den Mitgliedern neben den Beiträgen Gebühren diktatorisch aufgezungen worden. Dadurch sollen 200 Millionen erspart werden. Ein erfüllter Wunsch der Unternehmer mehr!

Deren Wunschzettel ist damit nicht erfüllt. Die Erfüllung zu hindern, die Verschlechterungen abzubauen ist Sache der Arbeiter am 14. September.

Die Kommunisten waren mit den Nazis und der Deutschen Nationalen Volkspartei einig in der Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung. Sie waren der illusionären Auffassung und sind es noch, daß die Unternehmer die Beiträge leisten. Die Unterstützung vom ersten Tage beginnt und für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit geleistet werden sollte. Daß das möglich, haben sie selbst nicht geglaubt, glauben es auch heute noch nicht! Sonst hätten sie es in Rußland doch eingeführt. Sie verkünden in ihren Agitationsrichtlinien: Die Organisation großer Wirtschaftskämpfe ist die wichtigste und entscheidendste Wahlvorbereitung.

Die Organisation von Wirtschaftskämpfen ist Sache der Gewerkschaften, innerhalb derselben Sache jedes einzelnen Verbandes. Bektere Kämpfe, wenn die Wirtschaftslage es gestattet und wenn es unseren Kollegen nützt. Wir stehen nicht auf dem Grundsatze des großen Spalters Sinowjew, der durch Niederlage die Arbeiterklasse zum Siege führen will. Niederlagen der Arbeiter sind Siege der Besitzenden Klasse. Diese haben wir zu verhindern.

Dann kommt eine andere Partei, der die jetzige Diktatur nicht weit genug geht. Sie soll einlösen, was die National-

sozialisten an Versprechungen sich leisteten. Wer das erfüllen sollte, müßte den Krieg und seine Folgen umgekehrt machen können.

Als Hitler auf Seiten der Putzhitzen stand, präbte er in München: „Wir haben morgen in Deutschland eine nationale Regierung, oder wir alle sind tot“. Er fuhr am anderen Morgen mit dem Auto davon! Von denen, die ihm blindlings gefolgt, hat er einige in Tod und Verderben geführt. Die Nationalsozialisten waren einst 33 Mann im Reichstag. Der Reichstag hat Spuren von Arbeiten für die Verbesserung der Arbeitslage nicht hinterlassen, um so mehr Handlungen, die direkt gegen die Interessen der Arbeiter wirkten.

Sie stimmten für das reaktionäre Zollwuchergesetz, für Verschlechterung der Arbeitszeit in Bäckereien, für Erhöhung des Zolls auf Industriemais, gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Futtermittelzölle, für die Sperrung der gesamten Gefrierfleischzufuhr. Gegen die unbefristete Verlängerung der Nachschubordnung, gegen Sperrgesetz für Fiskusrenten, gegen Aufhebung der mittelalterlichen Ständeherrschaften, gegen Aufhebung der Futtermittelzölle, sie sind gegen Abbau der Zollmauern und damit gegen den Abschluß von Handelsverträgen, die unbedingt erforderlich sind zum Aufbau der Wirtschaft. Sie stimmten gegen eine Amnestie ohne Begnadigung der Zementörder, für das Eugenberg-Volkbegehren. Sie lehnen die Erfüllung aus dem Versailler Vertrag ab. In vielen der aufgezählten Dinge gingen sie einig mit den Kommunisten, die ja auch in ihren jüngsten Wahlkündigungen versprochen, daß sie im Falle ihrer Machtübergreifung alle sich aus dem Versailler Frieden ergebenden Verpflichtungen für null und nichtig erklären werden.

Schon einmal hat Deutschland die Abkommen nicht erfüllt. Die Erinnerung an das Jahr 1923 zeigt nicht zur Wiederholung. Also weder nach noch kommunistisch am 14. September, sondern sozialdemokratisch wählen, das liegt im Interesse der Arbeiterklasse. August Bruch.

WÄHLT Sozialdemokraten LISTE 1

Das Krankenkassenparlament zur Notverordnung.

11,5 Millionen Versicherte sprechen. — Stegerwald als Wilhelm Tell. — Gewerkschaften gegen Notverordnung. — Lehmann gegen Demagogie. — Regierungsvertreter verläßt den Saal.

Der 34. deutsche Krankenkassenparlament fand in Dresden statt. Krankenkassenparlamente in der bisherigen Form sind Versammlungen. So waren auch diesmal 2500 Delegierte, Gäste usw. der Einladung des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gefolgt. Die Beratungen dieses Parlamentes fielen in eine Zeit, wo die Lust mit Kampfstimmung geschwängert ist. Die vor einigen Wochen erlassene Notverordnung hat ja auch in die Krankenversicherung mit rauher Hand eingegriffen und Änderungen gebracht, die ungeheuer einschneidend sind. Deshalb mußte der Krankenkassenparlament zu diesen Problemen Stellung nehmen und seine Meinung zu der vielumstrittenen Reform der Krankenversicherung niederlegen. Es war also eine Kampftagung im wahren Sinne des Wortes. Der geschäftsführende Vorsitzende Helmut Lehmann mußte nicht nur die Notverordnung kritisch beleuchten, sondern er mußte auch demagogische Angriffe auf seine Person zurückweisen. Da, er hierbei scharfe Worte brauchen mußte, ist ohne weiteres verständlich; nicht verständlich ist es aber, daß der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialrat Grieser, den Krankenkassenparlament demantativ verließ. In einem an das Präsidium der Tagung gerichteten Telegramm erklärte Herr Grieser, daß er gemungen gewesen sei, die Tagung zu verlassen, weil Genosse Lehmann in seinen Angriffen gegen den Reichsarbeitsminister den Rahmen überschritten hat. Dabei wandte sich Lehmann in keiner Weise scharf gegen den Reichsarbeitsminister, sondern gegen die Demagogie, wie sie von den Kommunisten und der Zentrumspresse im Wahlkampf geübt wird.

Angeht die besondere Bedeutung der diesjährigen Tagung waren die Behörden und sonstige Gäste in Dresden stark vertreten. Vertreter hatten u. a. gesandt: das Reichsarbeitsministerium, das Preussische Wohlfahrtsministerium, die Sächsische Regierung, die Hessische Regierung, die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, das Internationale Arbeitsamt usw. In seiner Eröffnungsrede wies Stadtrat Ahrens, Berlin, als Vorsitzender des Reichsverbandes auf die außerordentlich schwere Krise hin, in die das deutsche Volk geraten ist. In einer solchen schweren Zeit ist die Sozialversicherung von ganz außerordentlicher Bedeutung. Unter der Krise leiden am meisten die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung. Da letztere die Aufgangsstation für den Sturz der Wirtschaftskrise ist, muß auf den Bestand und die Weiterentwicklung derselben besonderes Gewicht gelegt werden. Dazu tritt die Notverordnung mit ihren Maßnahmen. Die größte Spibenerorganisation der Kranken-

kassen muß deshalb sich mit diesen Dingen beschäftigen. Notwendig sind aber auch organisatorische Änderungen, die es dem Hauptverband besser als bisher ermöglichen, fruchtbringende Arbeit zu leisten.

Im Verlauf des Kongresses wurden dann auch die Satzungsänderungen in der Weise beschlossen, daß hinsichtlich der alljährlich stattfindenden Mitgliederversammlung auf eine Zahl von rund 300 Vertretern verkleinert wird. Daneben soll nach Bedarf ein allgemeiner Krankenkassenparlament stattfinden, der sich mit den großen Problemen der Gesundheitsfürsorge beschäftigt. Diese Satzungsänderung muß auch von den Gewerkschaften sehr begrüßt werden.

Von den Begrüßungsreden ist die des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Grieser, besonders erwähnenswert. Infolge der Wirtschaftskrise mußte der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 4% Proz. erhöht werden. Um nun die Gesamtheit der Arbeiter vor Verkürzung des Reallohnes zu schützen, mußten Maßnahmen getroffen werden, die Entlastung des Beitrages zur Krankenversicherung zur Folge hatten. Hieraus ergeben sich die Zusammenhänge der Notverordnung mit der Arbeitslosenversicherung und der Finanzierung der Reichsfinanzen. Die Verordnung soll die Gemeinschaft der Versicherten vor Schäden, die sich aus den natürlichen Regungen des Lebens ergeben, schützen. Dazu bedurfte es einer entschlossenen Tat. An dem 14. September waren mehrere beteiligt; aber nur einer, Wilhelm Tell, hat die Tat vollbracht. Ministerialdirektor Dr. Grieser hat zum Schluß, an der Durchführung der Verordnung mitzuwirken, wenn auch mancher gegen einzelne Bestimmungen derselben berechtigte Einwände zu machen habe.

Sicher hat der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mit der Verteidigung der Notverordnung eine unangenehme Aufgabe zu erfüllen; aber es ist doch ein starkes Stück, Stegerwald mit dem Schweizer Nationalhelden Wilhelm Tell zu vergleichen. Wenn Dr. Grieser glaubt, für seinen Vorgesetzten eine ganze Breche zu müssen, so hätte er besser getan, auf dieses Beispiel zu verzichten. Die Maßnahmen Stegerwalds werden nicht nur von den freien Gewerkschaften, sondern auch von großen Teilen der christlichen Gewerkschaften entschieden abgelehnt. Doch man muß die Art der Verteidigung dem persönlichen Geschmaack der Herren überlassen.

Der Vertreter des ADGB, Dr. Broder, erklärte, daß die Gewerkschaften in ihren Hoffnungen bezüglich der Reform der Krankenversicherung auf bitterste enttäuscht seien. Die

Reform der Krankenversicherung ist schneller erfolgt als erwartet wurde. In den Kreisen der Versicherten ist aber die Meinung allgemein, dass die durch die Notverordnung erfolgte Reform keine Verbesserung, sondern einen gewaltigen Rückschritt in der Krankenversicherung bedeutet.

Der Höhepunkt der Tagung wurde erreicht durch das Referat des geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes, Helmut Lehmann. Unter dem Programm und die Notverordnung. Folgende Gedankengänge lagen dem Referat zugrunde: Die Weiterentwicklung der Sozialversicherung ist durch die Notverordnung unterbrochen.

In der Aussprache begründete der Gewerkschaftssekretär Schiefer, München, im Namen der Versicherten eine Entschliebung, in der die Versicherten entschiedenen Protest erheben gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten, durch die

nicht nur völlig ungerechte Verschlechterungen der Leistungen der Krankenversicherung, sondern auch einschneidende Beschränkungen der Selbstverwaltung vorgenommen wurden. Die Versicherten erwarten, dass der kommende Reichstag diese unsachliche Gesetzgebung wieder beseitigen und an ihre Stelle eine Reform der Krankenversicherung setzen wird.

Der zweite Tag des Kongresses war mit wertvollen wissenschaftlichen Referaten hervorragender medizinischer Fachmänner ausgedankt. Angenommen wurden am Schluss noch die Leitsätze zu dem nichterstatteten Referat des Geschäftsführers Fritz Wohlmann.

Internat. Gewerkschaftskongress in Stockholm für 44-Stundenwoche!

Kann sich die Welt eine 44-Stundenwoche leisten? Wird bei 44-tägiger wöchentlicher Arbeitszeit nicht zu wenig produziert, zu wenig Kapital gebildet und zu viel konsumiert?

Darauf antwortete der Gouverneur des Staates Connecticut auf einer Konferenz der Gouverneure der Vereinigten Staaten:

„Die Massenproduktion ist zu einem großen Teil an der Arbeitslosigkeit schuld. Statistiken zeigen, daß heutzutage ein einziger Arbeiter so viel produziert, wie 32 Arbeiter vor 75 Jahren. Mit anderen Worten: Ein Mann, der heute eine Stunde lang arbeitet, erzeugt so viel, wie vor 75 Jahren ein Arbeiter in 32 Stunden! Unsere Fähigkeit, Güter zu verbrauchen, hat hingegen nicht im gleichen Maße zugenommen!

Das Minderverhältnis wird immer größer! Die sofortige Antwort lautet: Verkürzung der Arbeitszeit!

Wenn auf der ganzen Welt 4 Stunden per Tag gearbeitet wird, können alle Bedürfnisse — einfache und anspruchsvolle — befriedigt werden. Darüber hinaus kann noch genug Kapital gebildet und alle Dinge können gewonnen werden, deren wir uns in der Vergangenheit erfreuten.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Fabrikarbeiter-Verband.

Anfang August 1930.

Von allen Gliedern des Wirtschaftslebens, die unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise leiden, wird am schwersten die Arbeiterklasse betroffen. Während für den Unternehmer ein schlechter Geschäftsgang doch weiter nichts bedeutet als eine mehr oder weniger erhebliche Einschränkung der Gewinne, ein geringeres Wachsen seines Reichtums, die er meistens sogar ohne jede Einschränkung seiner Lebenshaltung trägt, greift sie hart in das Leben des Arbeitnehmers hinein, stellt ihm oft genug eine Frage des Seins oder Nichtseins.

Die Arbeitslosigkeit weist für Ende Juli eine Steigerung auf. Nach der Gewerkschaftsstatistik liegt der Anteil der Arbeitslosen bis Ende Juli gegenüber dem Vormonat von 19,3 auf 20,5 % der Mitglieder und die Zahl der Arbeitslosen von 123 auf 135 v. H. Im Juli 1929 waren die Verhältnisse für Arbeitslose 85, für Kurzarbeiter 62.

Die Arbeitslosigkeit weist für Ende Juli eine Steigerung auf. Nach der Gewerkschaftsstatistik liegt der Anteil der Arbeitslosen bis Ende Juli gegenüber dem Vormonat von 19,3 auf 20,5 % der Mitglieder und die Zahl der Arbeitslosen von 123 auf 135 v. H. Im Juli 1929 waren die Verhältnisse für Arbeitslose 85, für Kurzarbeiter 62.

Freie, die sich inzwischen zur Weltwirtschaftskrise größten Ausmaßes gesteigert, die auch in anderen Staaten die Arbeitslosigkeit außerordentlich erhöht hat. So beträgt die Zahl der registrierten Arbeitslosen in England weit über 2 Millionen und steigt sich von Woche zu Woche mit furchtbarer Regelmäßigkeit.

Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos:

	1930			Ende Juni			Ende Juli		
	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	18,1	16,9	17,9	20,1	18,3	19,7			
In der Industrie-									
Chemie	13,6	17,3	14,2	14,9	17,8	15,6			
Papier	10,1	12,8	10,6	11,3	14,6	12,0			
Nahrungsmittel	17,7	17,1	17,6	17,4	14,9	16,8			
Spielwaren usw.	33,1	25,6	28,6	36,0	27,7	31,4			
Sonstige Industrien	26,8	19,4	24,9	30,1	21,4	27,8			
Keramischer Bund insgesamt	21,9	17,8	21,2	25,6	19,3	24,5			
a) Porzellan	17,5	15,1	16,6	19,7	16,1	18,3			
b) Glas	22,7	19,4	22,2	27,2	22,0	26,5			
c) Grobkeramik, Baustoffe	22,9	20,8	22,7	26,7	22,5	26,3			

arbeiteten verkürzt:

	1930			Ende Juni			Ende Juli		
	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.	insgesamt	männl.	weibl.
Fabrikarbeiterverband insgesamt	10,7	14,9	11,6	12,4	18,3	13,7			
In der Industrie-									
Papier	10,2	17,2	12,4	12,1	12,5	13,9			
Nahrungsmittel	13,2	18,5	14,3	17,9	25,2	19,4			
Spielwaren usw.	6,1	1,4	4,9	6,7	3,2	5,9			
Sonstige Industrien	24,8	31,6	28,8	17,3	23,8	22,6			
Keramischer Bund insgesamt	11,4	14,6	11,9	12,8	20,1	14,1			
a) Porzellan	25,0	21,1	23,5	33,2	30,7	32,3			
b) Glas	8,6	8,6	8,6	8,8	11,7	9,2			
c) Grobkeramik, Baustoffe	8,6	8,9	8,7	8,4	8,6	8,4			

Gegenüber dem Vormonat ist die Arbeitslosigkeit mit Ausnahme der Nahrungsmittelindustrie in allen Industriegruppen unseres Verbandes gestiegen. Sowohl die Produktionsmittelindustrie, die chemische Industrie, Papiererzeugung und Baustoffindustrie als auch die Leichtindustrie (Porzellan, Glas, Spielwaren), zeigen erhebliche Zunahme. Immerhin noch überwiegen Entlassungen und Stilllegungen. Nur verhältnismäßig wenige Betriebe melden Besserung des Geschäftsganges.

Nach der geographischen Verteilung zeigen die stärksten Arbeitslosigkeit die Bezirke Ostpreußen mit 25,8 v. H., Süddeutschland mit 25,6 (und 46,9 Kurzarbeit), Rheinland und Westfalen mit 24,7 v. H. In allen Bezirken ist eine erhebliche Verschlechterung eingetreten. Die niedrigste Arbeitslosigkeit haben Württemberg mit 12,8 v. H., Südbayern mit 13,8 v. H. Alle übrigen Bezirke nähern sich der durchschnittlichen Verhältniszahl an.

Invalidentversicherung und Hausgewerbetreibende.

III.

Im Abschnitt I haben wir Hinweise zur Sozialversicherung im allgemeinen gegeben, die Invalidentversicherung im allgemeinen behandelt und die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden feststellt. Im Abschnitt II haben wir uns beschäftigt mit den §§ 8, 9, 10, 2, 3, 4, 5 und 6 der Bestimmungen der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in Weimar über die Entrichtung der Invalidentversicherungsbeiträge für Hausgewerbetreibende.

Im § 7 wird der Arbeit- und Auftraggeberbegriff so umschrieben, daß als Arbeitgeber des Hausgewerbetreibenden gilt, wer die Arbeit unmittelbar an ihn vergibt (Arbeitgeber ist auch derjenige, der die Ware abnimmt), und als Auftraggeber derjenige, in dessen Auftrag und für dessen Rechnung hausgewerblich gearbeitet wird.

Durch § 11 der Bestimmungen ist den Auftrag- und Arbeitgebern sowie ihren Angestellten unterlagt, durch Übereinkunft oder Arbeitsordnung zum Nachteil des Hausgewerbetreibenden die Anwendungen der Bestimmungen ganz oder z. T. auszuschießen. Vertragsabmachungen, die den besagten Bestimmungen zuwiderlaufen, sind nichtig (§ 139, Satz 2 R.D.). Die Auftrag- und Arbeitgeber können sich also von der Pflicht, ihren Anteil zur Invalidentversicherung für die Hausgewerbetreibenden zu bezahlen, nicht brüden.

Trotz dieser klaren Maßbestimmung, die den Arbeit- und Auftraggebern in Thüringen auch bekannt ist, kommen aus Weimarberichten sehr viele Klagen darüber, daß der größte Teil der Arbeit- und Auftraggeber den § 8 und § 10 der Bestimmungen der Thüringischen Landesversicherungsanstalt in Weimar über die Entrichtung von Invalidentversicherungsbeiträgen für Hausgewerbetreibende vom 18. November 1921 nicht erfüllt. Es ist deshalb an der Zeit, daß die Landesversicherungsanstalt in Weimar nach dem Rechten sieht.

Nach § 12 der Bestimmungen wird den Arbeit- und Auftraggebern, die außerhalb ihrer Arbeitsstätte gewerblich ihre Arbeit verrichten lassen, nach den Bestimmungen des H.V.G. vom 30. Juni 1923 zur Pflicht gemacht, ein Verzeichnis derjenigen Personen und ihrer Arbeitsstätte zu führen, welchen sie Hausarbeiten übertragen; Lohnbücher oder Lohnzettel, aus denen Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgelegten Löhne oder Preise hervorgehen, den Hausgewerbetreibenden, mit denen sie in einem Abrechnungs- oder Auftragsverhältnis stehen, auszuhandigen. Die Unterlagen sind auf Verlangen der Landesversicherungsanstalt und ihren Kontrollbeamten vorzulegen. In das Lohn- oder Lieferungsbuch ist die Zahlung für Invalidentversicherungsbeiträge einzutragen.

Der § 13 besagt, daß Hausgewerbetreibende, bei welchen Unregelmäßigkeiten in der Beitragsleistung festgestellt werden, verpflichtet sind, über die Dauer ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung und die von ihnen Beschäftigten Verzeichnisse zu führen, aus welchen sich insbesondere der Name und Wohnort der Arbeit- und Auftraggeber, die Dauer der Beschäftigung und der Umsatz ergibt. Sie haben diese Verzeichnisse drei Jahre lang aufzubewahren und der Landesversicherungsanstalt und ihren Kontrollbeamten auf Verlangen vorzulegen.

Ueber die Markenverwendung bringt der § 14 zum Ausdruck, daß die Markenverwendung zu erfolgen hat bei der Lohnzahlung oder bei der Abrechnung mit dem Arbeit- oder Auftraggeber. Unbestimmt um die Lohn- oder Abrechnungsperioden sind in jedem Falle die Marken spätestens mit Ablauf der letzten Woche des Monats für die vorhergehenden Wochen oder bei Aufgabe der Beschäftigung zu verwenden.

Im § 15 wird die Quittungskartenbeschaffung und die Vorlegungspflicht der Hausgewerbetreibenden bestimmt. Es wird da gesagt, daß für die Beschaffung von Quittungskarten und für die Entwertung der Beitragsmarken die allgemeinen Vorschriften gelten. Der Hausgewerbetreibende, der die Marken selbst verwendet, ist verpflichtet, auf Verlangen den Arbeit- oder Auftraggebern bei der Lohnzahlung, Abrechnung oder Lieferung seine und die Quittungskarten seiner Beschäftigten vorzulegen, damit sich diese von der ordnungsmäßigen Beitragsleistung überzeugen können.

Ueber die Haftung für ordnungsmäßige Beitragsentrichtung und Verwendung durch Arbeit- und Auftraggeber sagt der § 16 folgendes:

„Für die ordnungsmäßige Entrichtung und Verwendung der Beiträge haften Arbeit- und Auftraggeber als Gesamtschuldner.“

Ist ein Hausgewerbetreibender mit der Beitragsleistung rückständig, so ist jeder einzelne Arbeit- oder Auftraggeber, an den der Hausgewerbetreibende eine Forderung aus hausgewerblicher Tätigkeit hat, verpflichtet, auf Verlangen der Landesversicherungsanstalt bei der nächsten Zahlung sowie abzuschießen, als auf Deckung der fehlenden Pflichtbeiträge erforderlich ist. Der Hausgewerbetreibende muß sich den Abzug gefallen lassen.“

Die Strafbestimmungen regelt der § 17. Er hat folgenden Wortlaut:

„Zwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bestimmungen werden nach Maßgabe der §§ 1467, 1487 ff. der R.D. in Verbindung mit Artikel II und III der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 — Reichsgesetzblatt 1924 I Seite 44 — bestraft.“

Von den angegebenen Strafbestimmungen aus der R.D. sind besonders zu beachten die §§ 1488 und 1492. Wir lassen den Wortlaut beider Paragraphen nachstehend folgen:

§ 1488.

Unterlassen es Arbeitgeber, rechtzeitig für ihre versicherungspflichtigen Beschäftigten die richtigen Marken zu verwenden oder die Beiträge abzuführen, so kann sie der Aufstellung von Ordnungsmarkten in Geld — in Höhe von mindestens einer bis höchstens 1000 RM — belegen. Unabhängig von der Strafe und der Nachholung der Rückstände kann der Vorstand dem Beiräten die Zahlung des Ein- bis Zweifachen dieser Rückstände auferlegen. Der Betrag wird wie Gemeinbeiträge beigetrieben.

Das gleiche gilt, wenn Arbeitgeber bei Beschäftigung ausländischer Versicherten ihre Pflichten aus § 1223 nicht erfüllen. Bestreitet der Arbeitgeber seine Beitragspflicht, so ist sie nach § 1459 festzustellen.

§ 1492.

Arbeitgeber werden mit Gefängnis bestraft, wenn sie vorzüglich Beitragsanteile, die sie den Beschäftigten vom Lohn abgezogen oder von ihnen erhalten haben, nicht für die Versicherung verwenden.

Daneben kann auf Geldstrafe — von mindestens 3 und höchstens 10 000 RM — und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Bei mildernden Umständen kann ausschließlich auf Geldstrafe erkannt werden.

Es steht fest, daß der größte Teil der Arbeit- und Auftraggeber in Thüringen, insbesondere aber in Südhüringen, den § 10 der Bestimmungen nicht erfüllt, indem sie den Hausgewerbetreibenden, die ihre Beiträge selbst an die Kasse abführen müssen, die Arbeit- und Auftraggeber-Beitragsanteile von 1 resp. 2 Proz. Zuschlag zur Lieferungssumme nicht zur Auszahlung bringen. Diese Arbeit- und Auftraggeber machen sich im Sinne der §§ 1488 und 1492 R.D. strafbar. Also Anzeige erstatnen! Die Sappierer der Invalidentversicherung, die Beitragsrückstände haben Strafe reichlich verdient.



Internationaler Kongress der Glasarbeiter in Stockholm.

Der Kongress wurde am 21. August eröffnet. Anwesend waren 20 Delegierte aus Deutschland, Österreich, Tschechoslowakei, Belgien, Frankreich, England, Schweden, Dänemark, Holland, Finnland und Norwegen.

Der Kongress tagt im Gewerkschaftshaus, ein Doppeltakt begründete den Kongress durch einige Vieder. Die Begrüßungsansprache hält Kamerad Johanson vom Schwedischen Gewerkschaftsbund, der seiner Freude Ausdruck verleiht, nach dem internationalen Gewerkschaftskongress nun auch den Glasarbeiterkongress in Stockholm begrüßen zu können. Ihm folgt Kamerad Söder vom Schwedischen Fabrikarbeiterverband. Er freut sich, daß trotz der weiten Entfernungen Stockholm als Kongressort gewählt worden ist. Er hofft, daß die Delegierten sich wohl fühlen werden. Vor 37 Jahren wurde bereits die erste Organisation in einer Glasfabrik gegründet. Diese erste Organisation wurde zwar aufgelöst, aber einige Jahre später wurden mehrere Lokalisationsorganisationen gegründet, die sich dann 1894 zu einem Glasarbeiterverband zusammenschlossen. Schwere Kämpfe hatte die junge Organisation durchzumachen. Die Verhältnisse besserten sich erst, als der Verband sich dem Gewerkschaftsbund angeschlossen. 1907 gingen die Glasarbeiter dann zum Fabrikarbeiterverband über. Vom Jahre 1906 an bestanden Kollektivverträge. Gegenwärtig sind 3088 Arbeiter in der Glasindustrie organisiert, darunter die Nacharbeiter zu 75 bis 80 Proz. in den verschiedenen Branchen, die Hilfsarbeiter sind schlechter organisiert. Der Gesamtverband der Fabrikarbeiter hat etwa 60 000 Mitglieder.

Sodann spricht Kamerad Thiemig (Hannover) für die Internationale der Fabrikarbeiter und für den Deutschen Fabrikarbeiterverband, dem jetzt die Glasarbeiter und Porzellaner angegeschlossen sind. Er entschuldigt den Kollegen Brenner durch die Auflösung des Reichstags verhindert ist, als Internationaler Vorsitzender der Fabrikarbeiter an der Tagung der Glasarbeiter teilzunehmen. Redner sagt, daß großes Interesse vorhanden ist für die schwierige Lage, in der die Glasarbeiter sich infolge der Krise befinden. Tatsache ist, daß durch die Verschmelzung die deutschen Glasarbeiter die Krise leichter überleben können. Er hat die Hoffnung, daß die Beschlüsse des Kongresses einen weiteren Fortschritt in der Verschmelzung bringen werden.

Für den dänischen Verband spricht Olsen. Dänemark hat nur 400 Glasfacharbeiter, die alle organisiert sind. Die Organisation wurde 1883 gegründet. Der Verdienst für die Handblasenmacher beträgt 80 Kronen pro Woche, Spiegelglasarbeiter 72 bis 90 Kronen. Mitglied der Mitgliedschaft hat die Organisation gezwungen, vom Jahre 1920 auch Hilfsarbeiter in den Verband aufzunehmen, jedoch bestehen gewisse Schwierigkeiten, weil die Hilfsarbeiter in Dänemark eine besondere Organisation haben.

Der Kongress konstituiert sich sodann und wählt zu Vorsitzenden Gribig (Deutschland), Söder (Schweden) und Stokes (England). Als Schriftführer werden gewählt Capraije (Belgien), Delzant (Frankreich), Pipelka (Österreich). Finanzkommission: Neumann (Tschechoslowakei), Wüßmann (Deutschland), Fassant (Belgien); Untergangskommission: Grünzel (Deutschland), Stokes (England), Jürgenz (Holland), Michitsch (Österreich), Olsen (Dänemark), Viktora (Tschechoslowakei), Delzant (Frankreich).

Die Tagesordnung wird wie folgt festgestellt:

1. Bericht des Sekretärs. Kam. Delzant (Frankr.):
 - a) Geschäftsbericht;
 - b) Massenbericht;
 - c) Bericht der Kontrollkommission.
2. Nationalisierung und Konzentration in der Glasindustrie. Referent: Krebs (Deutschland):
 - a) Sonntagsruhe;
 - b) Wierschichtensystem in der mechanischen Tafelglasindustrie.
3. Lohnfragen. Referent: Delzant (Frankreich):
 - a) Lohnskizzen;
 - b) Lebenshaltung der Glasarbeiter;
 - c) Arbeiterferien.
4. Kollektivverträge. Referent: Capraije (Belg).
5. Arbeiterschutzgesetze u. Gewerbeinspektion. Referent: Gribig (Deutschland):
 - a) Berufskrankheiten;
 - b) Frauen- und Kinderarbeit;
 - c) Arbeitsinspektion.
6. Verschmelzungsfrage. Referent: Neumann (Tschechoslowakei).
7. Hilfe an auswandernde Kollegen. Referent: Viktora (Tschechoslowakei):
 - a) Gegenseitigkeitsvertrag;
 - b) Arbeitsvermittlung.
8. Beschlußfassung über die Tagung und den Ort des nächsten internationalen Glasarbeiterkongresses.
9. Wahl des internationalen Sekretärs.

Gribig begrüßt sodann kurz den Kongress in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Internationalen. Ihm folgt der internationale Sekretär Delzant. Er bittet den Kam. Thiemig, dem Kam. Krebs und dem Fabrikarbeiterverband herzliche Grüße und volle Sympathie zu übermitteln. Wenn die Internationale der Glasarbeiter auch heute noch getrennt ist von der der Fabrikarbeiter, so wird die Zukunft uns wohl doch näher zusammenbringen. Delzant macht darauf aufmerksam, daß Kam. Johanson auch den internationalen Gewerkschaftsbund vertritt.

Es folgt der Geschäftsbericht des Sekretärs Delzant: Trotzdem wir durch gemeinsame Sympathie verbunden sind, doch die weiten Entfernungen. Er bedauert, daß sein Bericht den Delegierten nicht früher übergeben werden konnte. Neue Fragen werden im Bericht jedoch nicht behandelt, alles ist bereits früher schon durchgesprochen worden.

Er weist auf die großen Anwälzungen hin, die in technischer Hinsicht in der Glasindustrie zu verzeichnen sind. Die Unfabrikation ist seit den Kongressen in Prag 1924 und Paris 1927 noch gewachsen. Die Schwierigkeiten sind durch die herrschende Weltkrise noch größer geworden. Neue Industrieländer sind entstanden, die amerikanische Zollgebahrung bringt den Markt. Trotzdem haben die Großbetriebe die industrielle Konzentration festgelegt, die Produktionsmittel wurden vermehrt ohne Rücksicht darauf, ob Absatz vorhanden ist. Auf beiden Kontinenten sieht man als Folge der übertriebenen Nationalisierung und Mechanisierung steigende Arbeitslosigkeit und Zollektion.

Diese Zustände hindern die Landesorganisationen in ihrem Fortschritt. Die Forderungen der Arbeiterklasse nach verstärktem Arbeiterrecht begegnen dem heftigsten Widerstand der Industriellen. Die industrielle Blutzufuhr nützt ihren Einfluß auf die Regierungen an. Arbeitslosigkeit, Lohnminderungen und Streiks sind die Folge, die Verteidigung der Arbeiterrechte ist schwieriger geworden.

Die Internationale hat alles getan, was in ihrer Macht stand. Sie erteilte notwendige Informationen und sicherte gegenseitige Hilfe. Wir haben auch einige Fortschritte zu verzeichnen. In Lyon wurde auf dem internationalen Vertikongress die Unberühmte als Berufskrankheit anerkannt, ebenfalls wurde empfohlen, den grauen Star als Berufskrankheit anzuerkennen. Redner verweist dann auf die Bemühungen, die gemeinsam mit dem IOW beim Internationalen Arbeitsamt zugunsten der Fensterglasarbeiter unternommen worden sind. Die Regierungsvertreter und Industriellen setzten den Bemühungen der Arbeitervertreter harten Widerstand entgegen. Verschlossen wurde aber eine Enquete, an der wir beteiligt sein sollten. In dem Bestreben, die Internationale zu erweitern, hatten wir Erfolg, indem die Flint Glass Worker's Union von Nordamerika der Internationalen beigetreten ist. Dagegen konnten wir bei den Balkanländern keinen Anklang finden. Mit Japan haben wir wohl Verbindung, aber vorläufig ist kein Interesse für den Anschluß vorhanden.

Durch den Anschluß der amerikanischen Organisation und die Verstärkung der deutschen ist der Mitgliederbestand der Internationalen von 92 000 auf 103 000 gestiegen. Wir hoffen, daß die Fensterglasarbeiter von Belgien bald der Glasarbeiterorganisation in Belgien beitreten werden, wodurch wir ein Mehr von 4000 Mitgliedern haben würden.

Unterstützung hat die Organisation gewährt bei dem Streik der englischen Flaschenmacher und beim Streik in Jugoslawien. Die Zusage der Unterstützung in diesem Lande genügt, um die Unternehmer an den Verhandlungstisch zu bringen. Auch in dem österreichischen Streik wurde Unterstützung geleistet.

Das „Internationale Bulletin“ erscheint, wenn auch etwas eingeschränkt, weiter. Daneben werden Informationsblätter ausgeben. Trotz aller Schwierigkeiten, sagt der Redner, brauchen wir nicht pessimistisch zu sein, wir haben genügend Willen, der Arbeit den Platz in der Wirtschaft zu verschaffen, der ihr gebührt. Wir haben den Willen, unseren Kindern ein sonnigeres Leben zu schaffen, als wir haben.

Im Anschluß gibt Delzant den Massenbericht. Die Massenverhältnisse sind befriedigend, die Löhnenstände sind gering. Das den Polen gewährte Darlehen von 150 Dollar ist bisher nicht zurückgezahlt worden. Die Glasarbeiter sind dort unter kommunistische Führung gekommen. Der polnische Gewerkschaftsbund wünscht Streichung.

Kamerad Neumann gibt den Revisionsbericht. Rasse und Vögel sind in Ordnung befunden. Redner wendet sich gegen Streichung des polnischen Darlehens, weil dieses nur gegen Garantie des dortigen Gewerkschaftsbundes gegeben worden ist. Der Kongress spricht dem Sekretär das Vertrauen aus und erteilt Entlastung. In der folgenden Diskussion spricht Pipelka über die österreichischen Verhältnisse und dankt für die gewährte Unterstützung. Die Absicht der Unternehmer ist durch die internationale Hilfe zurück gemacht worden. Er spricht ferner für Notwendigkeit der Bewinnung der Glasarbeiter der Balkanländer und Polen.

Stokes (England) dankt gleichfalls für gewährte Unterstützung. Diese hat die Unternehmer an den Verhandlungstisch gebracht und die kommunistische Agitation unterbunden. Die englischen Kollegen wissen heute den Wert zu würdigen, den die Zugehörigkeit zur Internationale hat.

Palm (Schweden) wünscht Streichung der polnischen Schuld und spricht dem Sekretär Dank für seine Arbeit aus. Viktora (Tschechoslowakei) spricht gegen Streichung der polnischen Schuld. Hilfe ist für den Aufbau der Glasarbeiter gegeben worden, aber nur unter Garantie des Gewerkschaftsbundes. Ferner wünscht er Drücklegung der beiden Kongressprotokolle von 1921 und 1924, um über den bisherigen Gang der Verschmelzungsfrage völlige Klarheit zu schaffen.

Wüßmann geht auf die finanzielle Seite der Internationalen ein und sagt, daß oftmals nicht genügend von den einzelnen Ländern in finanzieller Hinsicht getan worden ist. Delzant solle weiter Sekretär bleiben, aber er müsse dafür sorgen, daß auch die französische Organisation wieder in die Höhe kommt. Leider sieht es in Frankreich mit der Organisation sehr schlecht aus. In späterer Zeit muß doch eine Verschmelzung der Internationalen der Fabrik-, Keramik- und Glasarbeiter kommen.

Müller (Amsterdamb) wünscht, daß in der Zukunft die Berichte etwas früher schriftlich gegeben werden. Redner verweist Bericht darüber, was in den verschiedenen Konferenzen beschlossen worden ist. Er wendet sich dann gegen den schicksalhaften Artikel des Kameraden Clarke im „Bulletin“.

Lüttke (Finnland) wünscht Streichung der polnischen Schuld, weil die Herrlichkeit in Polen zu groß ist.

Palm (Schweden) sagt, daß es wohl notwendig ist, daß jede Landesorganisation sich selbst so stellt, daß sie sich finanziell selbst halten kann, aber die großen Organisationen müssen den kleinen helfen, und deshalb sollte man die polnische Schuld freieren.

Olsen (Dänemark) hält lange Diskussionen über Polen nicht für notwendig. Wenn Polen kein Geld hat, soll man die Schuld freieren.

Auf Antrag der Finanzkommission soll dem Sekretär für die Jahre 1929 und 1930 infolge der Entwertung des französischen Frank eine Entschädigung von 3000 Frank pro Jahr gezahlt werden.

Die Internationale sieht seine Hauptaufgabe in dem Ausbau der französischen Glasarbeiterorganisation und er sucht den Kollegen Delzant, dieser Aufgabe seine Arbeitskraft noch mehr als bisher zu widmen.

Der polnische Gewerkschaftsbund soll aufgefördert werden, das erhaltene Darlehen für die Glasarbeiter wieder zurückzahlen. Die schwedische Delegation beantragt, die polnische Schuld zu freieren.

Capraije (Belgien) wendet sich gegen die Aufnahme des Antrages in das Protokoll. Die Verschmelzung ist wohl im Prinzip beschlossen, aber noch weiß niemand, wie es kommen wird. Der Gedanke Delzant zu helfen, sich in der französischen Organisation wieder einen Platz zu schaffen, ist wohl sehr gut, er eignet sich aber nicht zur Veröffentlichung.

Neumann (Tschechoslowakei) macht darauf aufmerksam, daß es sich bei dem Antrag um den Bericht der Finanzkommission handelt und dieser im Protokoll Aufnahme finden müsse.

Delzant sagt, daß er auch bisher händig für die französische Organisation gearbeitet habe. Einen schnellen Wiederaufbau der französischen Organisation kann man nicht erwarten. In den mechanischen Glasfabriken ist an eine Organisation der Arbeiter kaum zu denken, aber es handelt sich hier um Ausländer, die sich untereinander nicht verstehen. Trotzdem wird er seine Kraft auch später der französischen Organisation widmen.

Es wird sodann beschlossen, das polnische Darlehen zu freieren. Der Antrag der Finanzkommission wird einstimmig angenommen. (Fortsetzung folgt.)

Beendigte Lohnkonflikt in Thüringen.

Die Ausperrung bei der Firma Wiegand & Vulle in Altenfeld konnte nach dreitägigen Verhandlungen mit der Firma beendet werden. Zur Behebung der vorliegenden Lohnstreitigkeiten wurde mit der Firma folgende Vereinbarung getroffen:

Vereinbarung.
Zwischen der Firma Wiegand & Vulle, Altenfeld, für die im Schiedspruch vom 29. Juli 1930 aufgeführten Betriebe, den gesetzlichen Betriebsvertretungen und dem Keramischen Bund wird folgendes Abkommen getroffen:

I.
Die Firma erklärt sich bereit, ab 1. September 1930 für alle diejenigen Zeitslohnarbeiter, welche in der Lohnliste für die Flakonbranche gemäß Schiedspruch vom 8. Mai und 2. Juli 1929 unter Position 10—13 genannt sind, die durch den Schiedspruch vom 3. Juli 1929 festgelegte 4prozentige Lohnerhöhung zu zahlen. Für verheiratete Hilfsarbeiter, welche in den Häften beschäftigt werden, wird 2 Proz. Zuschlag gezahlt. Dort, wo die 4 Proz. schon länger bezahlt werden, bleibt es dabei.

II.
Für die aus einem der Betriebe des Vulle-Konzerns vor dem 1. September 1930 ausgeschiedenen Arbeitnehmer wird der 4prozentige Lohnzuschlag laut Schiedspruch vom 3. Juli 1929 für die in Absatz 1 genannten Zeitslohnarbeiter zur Hälfte des entfallenden Betrages ausbezahlt.

Die Auszahlung dieser Beträge erfolgt innerhalb der nächsten vier Wochen. Am 30. August 1930 wird der Betrieb Königsfeld, am 6. September der Betrieb Königsee, am 13. September der Betrieb Großbreitenbach und am 20. September der Betrieb Altenfeld ausbezahlt.

III.
Maßregelungen aus Anlaß des vorliegenden Lohnstreites finden nicht statt. Das Arbeitsverhältnis gilt nicht als unterbrochen.

IV.
Bei Wiedereinnahme des großen Maschinenofens in Großbreitenbach, welche innerhalb vier Wochen erfolgen soll, werden die daran beschäftigten Arbeiter zeitlos wieder eingestellt. Der restliche Lohnbetrag wird am Sonnabend, dem 23. August, für alle die in Großbreitenbach in Anstand getretenen Arbeiter zur Auszahlung gebracht. Sollte eine zeitlose Verrechnung des Glases nicht möglich sein, so wird Abschlagszahlung geleistet. Der kleine Maschinenofen wird ab Sonnabend, dem 23. August, mit zwei Schichten in Betrieb genommen.

V.
Die schwebenden Rechtsstreite hinsichtlich der 4 Proz. ab 1. April 1930 sind damit erledigt.

VI.
Die Firma erklärt sich bereit, den Vorschlag des Reichsarbeitsministeriums, wenn derselbe Rechtskraft erlangt, zur Behebung der Lohnstreitigkeiten in der deutschen Weißglasindustrie, Gr. I—V, S. 6, vom 18. August 1930 für ihre Betriebe durch vorstehendes Abkommen anzuerkennen.

Durch dieses Abkommen konnte der Wirtschaftsfrieden zwischen der Firma und ihrer Belegschaft bis zum 31. Oktober 1930 sichergestellt werden. Schwere Kämpfe stehen den Kollegen noch bevor, und wird es notwendig sein, auch für die Zukunft die Angriffe der Firma durch Geschlossenheit in der Organisation zurückzuweisen. Die Kollegen, die bei dem Vulle-Konzern beschäftigt sind, haben unter besonders schwierigen Verhältnissen zu leiden, und ist es deshalb um so mehr notwendig, auch für die Zukunft alle Kräfte einzusetzen, um damit Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern.

Lohnarbeitsvertrag für die Farbenglasindustrie allgemeinverbindlich.

Auf Grund der nachfolgenden Entscheidung des Reichsarbeitsministers vom 25. August 1930 ist der Lohnarbeitsvertrag für die deutsche Farbenglasindustrie für allgemeinverbindlich erklärt worden. Damit hat der Lohnarbeitsvertrag der Farbenglasindustrie Rechtskraft für alle Betriebe im Deutschen Reich erhalten. Etwaige Ausnahmestellen des Arbeitgeberverbandes Deutscher Tafelglashütten haben ebenfalls ab 1. September nach dem allgemeinverbindlichen Lohnarbeitsvertrag für die Farbenglasindustrie zu berechnen und zu entlohnen.

Verstöße gegen den Lohnarbeitsvertrag bitten wir uns sofort zu melden, damit wir auf Abhilfe bei dem Arbeitgeberverband drängen oder bei Ausnahmestellen Anweisung auf die Durchführung von Lohnlagen geben können.

Abchrift.
III b Nr. 4782/22 Tar.
Berlin NW 40, den 25. August 1930.
Scharnhorststr. 35.

Entscheidung.
Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebene Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der deutschen Tafelglashütten e. V.;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands; Berufsverband Deutscher Glasarbeiter
2. Tag des Abschlusses: 30. Mai 1930, Lohnarbeitsvertrag für die Farbenglashütten.
3. Gewerblicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Fach- und Sachhilfsarbeiter in der Farbenglasindustrie (geblasenes Tafelglas).
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
5. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. September 1930.
6. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag. Im Auftrag: gez. Schmitt.



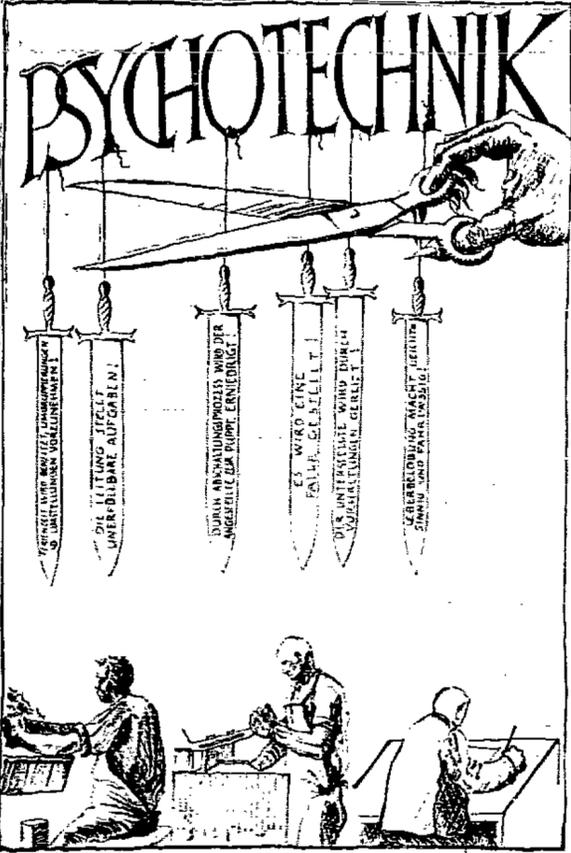
Menschenhinderung = Wissenschaft.

Man lese: Professor Dr. W. Moede von der Technischen Hochschule in Berlin, gibt eine Zeitschrift „Industrielle Psychotechnik“ heraus. Am diesjährigen Aprilheft dieser Zeitschrift veröffentlicht Professor Moede Anleitungen „Zur Methodik der Menschenbehandlung“. Der gelehrte Mann nennt darin Beispiele, die „erfolgreich von der Betriebsleitung zur Entfernung oder Milderung mangelhafter oder ungeeigneter Betriebsangehöriger benutzt werden“ sollen.

Moedes Umgang mit Menschen gliedert sich in Kapitel. Die leben wörtlich so aus:

Ferien.

Die Ferien sind eine geeignete Zeit, um gegen einen mißliebigen Betriebsangehörigen bei seinen Kollegen, Vorgesetzten oder Untergebenen vorzugehen, teils um Material zu sammeln gegen ihn, teils um durch Stimmungsmache einen inneren Widerstand gegen seine Persönlichkeit zu säen. Zeitweise wird die Ferienzeit auch benutzt, um Umgruppierungen und Umstellungen vorzunehmen, so daß der aus den Ferien zurückkommende, gutgehende Betriebsangehörige sich vor eine völlig veränderte Sachlage gestellt sieht. Ferien sind zwar gesundheitsförderlich, mitunter freilich auch gefährlich.



Unerfüllbare Aufgaben.

Die Leistung stellt unerfüllbare Aufgaben, die die Kräfte des Unverstehten übersteigen. Der Angestellte, durch die ehrenvolle Beauftragung angeporrt, stellt gegebenenfalls bestimmte Termine in Aussicht, an denen er die Arbeit abgeben wird. Stellt es sich, wie erwartet, heraus, daß die Aufgabe in der gegebenen Zeit bei den zur Verfügung stehenden Mitteln unter Berücksichtigung der Veranlagung und Erfahrung des Bearbeiters in der angegebenen Zeit nicht ausführbar ist, so wird das Vertragen des Angestellten objektiv belegbar und alle Forderungen aus dieser objektiven Grundlage sind leicht zu ziehen.

Abfertigung.

Dem Angestellten wird ein wichtiges Gebiet seiner Arbeit genommen unter dem Hinweis auf Überlastung sowie unter Hinweis darauf, daß seine wertvolle Arbeitskraft gespart und einem wertvolleren und wichtigeren, wenn auch engeren Gebiet des Betriebes nutzbringender zur Verfügung stehen müsse. Der eitle Angestellte fühlt sich durch diese Maßnahme gegebenenfalls gekränkt, ohne die Milderung seiner Stellung, sowie deren Beeinträchtigung zu merken. Wird der Abfertigungsprozess fortgesetzt, so zieht sich der Betriebsangehörige, der vielleicht leidend der Direktor des Großunternehmens war, plötzlich zu einer Puppe erniedrigt und es pflegt sehr oft zu spät zu sein, wenn ihm die Augen aufgehen und er die Sachlage richtig erkennt.

Die Versuchung.

Der Vertreter der Auslandsfirma, der verdächtig ist, wird eine Falle gestellt, die so maskiert ist, daß er unvorsichtig hineingeht. Man bietet ihm Geschäfte an, die ertragreich sind, unter Verheißung eines erheblichen Risikos. Dieses Risiko der planmäßigen Versuchung wird verschieden beurteilt...

Die Reizung.

Der Unverstehte wird durch Vorhaltungen gereizt. Er wird unvorsichtig, läßt sich gehen, wiederholt ungebührliche Äußerungen gegen das Unternehmen oder gegen den Vorgesetzten hinrichten, die vielleicht als Beleidigung zu werten sind und seine wertvolle Einstellung nach sich ziehen. Die gelegentliche und wiederholte Erregung mäßigt die Reize für die endgültige Auseinandersetzung.

Das Verleihen.

Schließlich wird auch eine übermäßige Anerkennung ein Ehrgefühl erzeugen können, so daß der Belobte leichtfertig wird und zu fahrlässigen Handlungen geneigt ist.

Man lese weiter: Dieser Mann der Wissenschaft, dessen wissenschaftliche Gedanken an Schizismus grenzen, der auf so ungewisse und menschenwürdige Art Arbeiter und Angestellte behandelt wissen möchte, trieb drei Jahre bei der Porzellanfabrik Kahla, Arbeitergesellschaft, in Kahla sein wissenschaftliches Unwesen. Ausgerechnet bei der Kahla AG hatte der krankhafte Herrschelcher Gelegenheit zum Arbeiten. In das nicht ionberber? Er hatte noch einen Assistenten, Dr. Lohse, der seine Hilfe suchte und auch in der Wissenschaft irgendwas herkam. Diese beiden Psychotechniker sollten bei der Kahla die Porzellanindustrie in Kahla und

anderswo wieder auf die Beine helfen. Sie hatten zu diesem Zweck eine Prohibitivkraft in der Porzellanfabrik Kahla aufgemacht, in der dauernd zwei bis drei Schlosser mitarbeiten und listeln mußten. Von ihrem unsinnigen Zeug sieht noch viel auf den Böden in Kahla herum. Tausende von Mark wurden auf diese Weise verpulvert. Wissende sprachen von 500 000 RM, die auf diese Weise unnütz vergeudet worden sein sollen; die Kahla AG muß es ja wissen, ob der geschätzte Betrag stimmt. Was sagt bloß der „Sparkommissar“ zu solchen Verschwendungszweigen. Damit kann doch ein Werk unmöglich auf einen grünen Zweig kommen. Die Kahla AG. läte auch gut, öffentlich zu sagen, weshalb die beiden Wissenschaftler, Professor Dr. W. Moede und Dr. Lohse, so schnell und still in Kahla ihre Tätigkeit einstellen mußten. Es muß dazu doch ein triftiger Grund vorgelegen haben?

Wir sind verpflichtet, diese Art Arbeit und das Wirken solcher Leute in dem größten Unternehmen der Porzellanindustrie öffentlich zu kritisieren, weil gerade die Kahla AG. in ihrer Bilanz den Nachweis zu führen beliebt, das Geschäft sei nicht mehr erträglich genug. Wenn derartige Summen auf solche Weise zum Fenster hinausgeworfen werden können, dann kann es mit der Porzellanindustrie wahrlich nicht so schlecht stehen, wie man es hingustellen beliebt.

Und nun noch einmal zurück zu Professor Dr. W. Moede. Das ist nun ein Vertreter der berühmten, unabhängigen und unparteiischen deutschen Wissenschaft, Professor an der Technischen Hochschule in Berlin und Dozent an der Handelshochschule in Berlin. Das soll nun Geist sein, was dieser Mensch in seinen Anleitungen „Zur Methodik der Menschenbehandlung“ von sich gibt. Die Arbeiter und Angestellten finden es unbegreiflich, daß der Staat aus Mitteln der Allgemeinheit einen Menschen mit derartigen Anschauungen lehren und wirken lassen muß, und daß er ihn noch bezahlt. Es wäre auch angebracht, daß sich das preussische Ministerium für Wissenschaft, Unterricht und Kultus den Professor Moede nach dieser Leistung einmal ansieht und sich bei der Kahla AG. erkundigt, weshalb er dort so schnell seine „wissenschaftliche“ Tätigkeit einstellte. Vielleicht wäre dieser Umstand des Interesses wert. Was mag der Mann wohl lehren? — Wenn Moede, Professor und Dozent, den Studenten ähnliches Zeug vorliest wie in seiner „Industriellen Psychotechnik“, dann müssen die Gewerkschaften fordern, daß ihm die Möglichkeit des Unterrichts möglichst schnell genommen wird; denn es geht nicht an, daß die Theorien Moedes als Wissenschaft gelten können oder gar als solche angesehen werden.

Spanbau.

Die Gruppenversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, Keramischer Bund, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Kündigung des Lohn- und Mantelvertrages zum 30. September d. J. durch den Unternehmerverband. Auf Vorschlag wählte die Versammlung einstimmig eine Kommission, in welcher jede Sparte vertreten war, um zu der Kündigung Stellung zu nehmen.

Die Vertrauensleute erblickten in der Kündigung des Lohn- und Mantelvertrages eine Scharfmacherpolitik der Unternehmer, so kraß, wie sie bis jetzt noch nicht zu verzeichnen war. Wo die ganze Geschichte hinauslaufen soll, wissen wir Arbeitnehmer nur zu genau. Das Kabinett Brüning hat ja den Weg dazu gezeigt. Die Unternehmer halten es jetzt an der Zeit, mit den Mitteln, die direkt menschenunwürdig sind, aufzuwarten. Nicht nur, daß die Verschlechterung der Sozialversicherung auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wurde, nein nicht genug damit. Unser kostbares Gut, die Arbeitskraft, wird täglich mehr und mehr ausgepreßt, verbunden mit Lohnreduzierungen sowie Entlassungen. Das sind Zustände, die auf die Dauer unerträglich werden.

Die Vertrauensleute der Belegschaft sind der Ansicht, davon Abstand zu nehmen, direkte Forderungen zu stellen. Die Verhandlungskommission heißt unter Vertrauen, um bei den bevorstehenden Verhandlungen das Beste für uns herauszuholen, das wieder ein menschenwürdiges Dasein gewährleistet. Eventuell mit den schärfsten Mitteln.

Auf einen Uebelstand, dem mal endlich abgeholfen werden müßte, möchten die Vertrauensleute die Verhandlungskommission noch besonders hinweisen, nämlich das Abmurren der Heberhunden, ohne projektualen Zuschlag. Es kommt häufig vor, daß im Brennhaus weit mehr Stunden hintereinander gearbeitet werden müssen, als die Arbeitsordnung vorsieht. Nach Abzug der regulären wöchentlichen Arbeitszeit verbleiben immer noch eine Anzahl Heberstunden, wo dann die Kollegen zu Hause bleiben müssen, ohne dafür eine Vergütung zu erhalten, ausgenommen die 5 Proz. Vorphilgungszuschlag. Letzterer ist auch vollkommen unzureichend und daher als Lohn aufzufassen. Die Vertrauensleute bitten daher den Vorstand, seine ganze Kraft für die gerechten Forderungen einzusetzen, um bald als das betrachtet zu werden, was man ist, nämlich als Mensch.

Geld.

Schon zu Beginn dieses Jahres erfolgten in der Porzellanindustrie Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen zum Zwecke der Produktionskostensenkung. Nach Ansicht der Herren „Industriellen“ ist die Lohnquote im Verhältnis zu den Produktionskosten viel zu hoch. Die Sozialisten sind für sie (die „Industriellen“) nicht mehr tragbar. Voran der ehemalige Reichsrentenrat Herr Dr. Schacht, der anlässlich einer Feier bei „Weser“ Zeit die Behauptung aufstellte: „Der deutsche Arbeiter bekommt schon bei der Geburt den Versorgungsschein in die Wiege gelegt“.

„Für die Porzellan-Industriellen soll diese Maßnahme des Herrn Dr. Schacht nichtig sein. Sie schmeißen mit Geld alle Leute, die der Industrie lange Jahre treue Dienste geleistet haben, aufs Pflaster (siehe Schowald) und erklären den vorstehenden Betriebsräten, daß ihre Fabriken keine Altersversorgungsanstalten seien. Sie, die Herren Direktoren, erklären weiter, die Löhne sind zu hoch; wir müssen billiger produzieren, vergessen aber ganz, daß unter die Besoldung wir auch ja selbst mitgehören. Haben doch alle die höheren Angestellten im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten und ihres sonstigen immerhin noch luxuriösen Aufwands viel zu hohe Einkommen. Man spricht davon, daß es in Selbst-Direktoren geben soll, die 50 000 RM, ja sogar 100 000 RM Gehalt im Jahr beziehen, außerdem noch Aufsichtsräte sind, und bekanntlich bringen auch diese Kosten nicht wenig ein. Da wäre es denn doch am Platze, bei den Richtigen anzufangen zu sparen oder selbst etwas Einsicht walten zu lassen und mit weniger vorlieb zu nehmen, wenn es der Industrie wirklich so schlecht geht. Es kann aber um die Porzellanindustrie noch nicht gar so schlecht bestellt sein. Wenn Unternehmen, trotz Kurzarbeit, Produktionsbeschränkungen und Entlassungen, noch einen Reingewinn von fast einer halben Million in ihrer Bilanz ausweisen, ist doch das Gegeenteil hermean.

Aber was soll der eigentliche Zweck dieser Entlassungen, Zulagen und Betriebsentwässerungen sein? Die Arbeitergesellschaft soll mürbe gemacht, das Heer der Erwerbslosen soll ver-

größert werden, um dann in den Ausgesteuerten eine Reserve zu haben. Auch will man durch die Maßnahme der Kurzarbeit versuchen, Uneinigkeit unter die Porzellanarbeiterschaft zu tragen. Es erweckt den Anschein, als würde auf Seiten der Unternehmer planmäßig Vorarbeit zu den in Aussicht stehenden Lohn- und Mantelvertragsverhandlungen geleistet. Die Versuche, die Preiskommissionen bei Festsetzung von Stückpreisen auszuschalten und die Drohungen mit Entlassungen, wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht billiger arbeiten, liefern den besten Beweis für das Vorhaben der Unternehmer.

Um zu verhindern, daß die Porzellangeverwaltigen ihr gestiecktes Ziel erreichen, muß es Pflicht aller Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen sein, sich von den Maßnahmen der Unternehmer nicht beeinflussen zu lassen, sondern geeinigt und fest geschlossen zum Keramischen Bund, Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes, zu stehen.

Die abgehaltenen Betriebsversammlungen haben gezeigt, welche tiefe Entrüstung in den Belegschaften liegt. Heberall kam zum Ausdruck, daß die Belegschaften bereit und gewillt sind, gestützt auf die Organisation der Angestellten der Unternehmer standzuhalten und die Abwehr siegreich zu gestalten.

Rußland.

In Nr. 34 der „Keramischen Rundschau“ befindet sich ein Bericht über die Lage der Porzellan- und Steingutindustrie in Rußland. Es wird zunächst darauf hingewiesen, daß sich die Entwicklung so ziemlich mit dem Fünfjahresplan deckt. Die gesamte Produktion in Sowjetrußland an Porzellan- und Steingutwaren zählte im Jahre 1927/28 48 700 Tonnen, 1928 und 1929 52 500 Tonnen, 1929/30 59 200 Tonnen. Die Zahlen für den letzten Berichtsjahr beruhen auf Schätzung. In dem Aufsatz wird erwähnt, daß die vom Volkswirtschaftsamt für Volkswirtschaft bekannt gegebenen Produktionsziffern allerdings unvollkommen seien, weil Gebrauchsporzellan und Steingut nicht gesondert, sondern in einem einheitlichen Posten ausgewiesen werden. Es wird allerdings festgestellt, daß die Steinguterzeugung die Versteigerung von Porzellan weit überwiegt. Nachstehend sind die vom Volkswirtschaftsamt veröffentlichten Zahlen zu ersehen:

	1927/28	1928/29	1929/30
in Tonnen circa			
Gebrauchsporzellan und Gebrauchsteingut	35 000	38 500	42 700
Steingut für familiäre Zwecke	1 700	1 800	2 000
Technisches Porzellan	12 000	13 200	14 500

In Sowjetrußland bestehen sogenannte Arbeiterkontrollkommissionen, die die Aufgabe haben, die vergesellschaftlichten Fabriken bzw. deren Erzeugung auf ihre Qualität hin zu prüfen. Diese Kommissionen geben Berichte heraus, aus denen festzustellen ist, daß die Produktionssteigerung auf Kosten der Qualität erfolgt ist. Kontrollberichte, die von Januar bis März dieses Jahres datieren, ergeben, daß in manchen Fabriken die für den Versand bereitgestellte Ware bis zu 45 Proz. aus Ausschuß bestand.

Es ist eben nicht möglich, am grünen Tisch ausgeheckte Pläne zu verwirklichen, wenn die wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen fehlen. Nicht zu leugnen ist allerdings nach dieser Ratiz der ernsthafte Wille, auch in diesem Produktionszweig die Entwicklung vorwärts zu treiben und sich vom Ausland unabhängig zu machen. Das ergeben auch die monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands, daß die Ud.S. Sowjet-Rep. mit Ausnahme von Plattenmaterial nichts aus Deutschland eingeführt hat, wenigstens soweit die Berichtszeit 1. Januar bis 31. Juli d. J. in Betracht kommt.

Kaolinfunde in der Lausitz.

In der Gemarkung Ober-Mengersdorf (Kreis Rothenburg, Oberlausitz) ist — 11 Kilometer von Görlitz entfernt — ein Kaolinlager entdeckt worden, dessen Besitzer Kommerzienrat Kutz in Schloß Weizwasser bei Reichenheim in Schleien ist. Das Gebiet, auf dem sich das Vorkommen befindet, war früher in landwirtschaftlicher Nutzung.

Ueber die Qualität des Rohkaolins hat das Chemische Laboratorium für Tonindustrie in Berlin ein Gutachten abgegeben, nach welchem die Schlammassente 68,9 Proz., und die Festigkeit etwas über Segerfest 34 beträgt. Die Schlammrückstände bestehen aus Quarz bis 3 Millimeter und Glimmermehl. Die Analyse ergab 45 Proz. Feldspat und 35,5 Proz. Tonsubstanz. Das Material eignet sich nach dem chemischen Gutachten für feinkeramische Zwecke als Verleimstoff für Steingut, Feinsteingut und technisches Porzellan, zur Herstellung hochfeuerfester Erzeugnisse und als Füllstoff bei der Papierfabrikation. Versuche, die vor Kurzem von der chemisch-technischen Versuchsanstalt bei der Staatlichen Porzellanmanufaktur in Berlin — auf Grund einer ihr übergebenen mineralischen Zusammenlegung des Rohkaolins von 65,8 Proz. Tonsubstanz, 25,8 Proz. Quarz und 8,4 Proz. Feldspat — unternommen wurden, ergaben bei der Vermahlung mit reinem Quarz und Feldspat eine Hartporzellanmasse von 50 Proz. Tonsubstanz, 25 Proz. Quarz und 25 Proz. Feldspat und eine Hartteigmasse von 50 Proz. Tonsubstanz, 38 Proz. Quarz und 12 Proz. Feldspat. Nach Ansicht der Versuchsanstalt kann das Rohkaolin nach entsprechender Feinmahlung als Bestandteil feinkeramischer Erzeugnisse finden. Da seine Brennbarkeit nicht rein weiß ist, können aus dem Material nur Erzeugnisse hergestellt werden, an die keine hohen Farbansprüche (s. B. technisches, Elektro-porzellan und billige Stanzartikel) gestellt werden.

Die Mächtigkeit des Vorkommens wird auf 6 Millionen Tonnen geschätzt. Der Abbau erfolgt von Hand. Es werden täglich etwa 120 Tonnen verladen. Der Gesteinspreis des ungeschwämmten Kaolins beträgt 2 RM je Tonne frei Waggon. Es sollen beim Verkauf an Porzellanfabriken 12 RM und an Schamottefabriken 8 RM je Tonne erzielt werden, und bereits größerer Verkaufsbahnlänge gefähigt sein.

Die Porzellanindustrie kann ein abschließendes Urteil über die Verwendbarkeit des schlesischen Kaolins für die Zwecke der Porzellanindustrie noch nicht abgeben.

Annaburg.

Bei der Annaburger Steingutfabrik A.-G. in Annaburg ist im Geschäftsjahre 1929/30 eine nicht unmerkliche Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, und zwar nicht nur auf dem Inlandsmarkt, sondern auch für Exportgeschäfte. Dagegen lassen die Preise sehr zu wünschen übrig. Es ist daher trotz der Umsatzsteigerung mit einer Erhöhung des Verlustes zu rechnen.

Trotzdem muß man feststellen, daß es bei der Steingutfabrik Annaburg wieder aufwärts geht.

München.

Die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin veranstaltete Mitte Juli im Ganze der preussischen Landschaft in München eine Ausstellung ihrer Erzeugnisse älterer und jüngerer Zeit und verjuchte damit an zahlungsfähige Käuferkreise heranzufommen. Ob sich die Ausstellung lohnte, läßt sich noch nicht sagen. Das Gaus der Landschaft erfüllte mit der Vereinstellung zur Schau einen guten wirtschaftlichen Zweck.



Ziegler merkt euch das!

Mit diesen Worten leitet „Gut Brand“ Nr. 16 ein nettes Eigenmächtig ein.

Damit „Gut Brand“ sieht, wie dankbar wir ihm sind, drucken wir die Notiz wörtlich ab.

Der Reichstagsabgeordnete August Brey, Vorsitzender des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und des Aemeren Bundes, stimmte mit dem Abgeordneten Hugenberg zusammen für die Ablehnung des Notopfers der Beamten und Aufsichtsratsmitglieder von Aktiengesellschaften usw. Weiter lehnten beide Abgeordnete die Höherbesteuerung der Einkommen über 8000 RM ab.

Diese Abstimmung reißt sich würdig derjenigen an, in welcher Abgeordneter Brey im Jahre 1929 für die Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung der Wanderarbeiter, der Wanderarbeiter, der Saisonarbeiter und der Arbeitslosen mit etwas Landbesitz stimmte.

Der letzte Absatz stellt eine Unwahrheit dar. Eine Abstimmung, wie sie da formuliert ist, hat es weder im Plenum noch im Ausschuss gegeben. Der Schreiber kennzeichnet für sich mit der Behauptung genau den gleichen Grad der Unkenntnis, die sein Arbeitsminister Stegerwald in einer der letzten Sitzungen im Sozialen Ausschuss bekundet hat.

Es handelt sich um Richtlinien zur Prüfung der Bedürftigkeitsprüfung. Für diese gab es auch im Sozialen Ausschuss keine schriftlichen Formulierungen. Sie wurden besprochen und Beschlüsse angefaßt, wie die Richtlinien „nicht sein sollten“. Der „Abgeordnete Brey“ hat mit dem „Abgeordneten Andre“ als dieser noch dem Reichstage angehörte, es verurteilt, daß die Bedürftigkeit verneint würde bei etwas Land oder sonstigem Besitz. Andre wählte da den Ausdruck: „Die Bedürftigkeit wird verneint beim Besitze einer Saas (Weise, Jäger).“

Aber diese Richtlinien galten unter dem Zentrumsmann Arbeitsminister Brauns. Dieser ist es gewesen, der nicht zu bewegen war, die Richtlinien, die Anlag geben zu den kleinlichen Schikanen haschhafter Art, umzuändern. Der „Abgeordnete Brey“ hat sie bekämpft. Aber unter Brauns waren die Herren und Damen im Arbeitsamt ja eingestellt, daß sie von diesen Richtlinien nicht abgegangen sind.

Der sozialdemokratische Arbeitsminister Wiffel hat sie geändert, sie aus den wirksamen, dem Bedürftigen ungünstigen Auslegungen in feste Formen gebracht. Das ist in der Lage gewesen sein sollte, den Arbeitsminister Brauns zu veranlassen, daß er seine Richtlinien ändert, ehri mich zwar sehr, aber ich muß diese Ehre ablehnen. Mir konnte unmöglich das gelingen, was dem Zentrumsmann Andre nicht gelungen war: Den Arbeitsminister Brauns von einer Kleinlichschikanösen Regelung der Bedürftigkeitsprüfung abzurufen.

Aber sehr verehrt Kollege von „Gut Brand“. Wer hat denn von einem Zentrumskollegen gegen die Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung, der Wanderarbeiter und der Saisonarbeiter, gestimmt? Wenn es hoch kommt, waren es drei. Jetzt hat das ganze Zentrum im Plenum mit „Ja“ gestimmt.

Aber wer hat die Hege gegen Arbeitslosenunterstützung und gegen Wanderarbeiter, Wanderarbeiter und Saisonarbeiter eingeführt? Ist denn Verfasser die Interpellation Nr. 3970 vom 11. Februar 1928 unbekannt? Unterzeichnet von Grafen v. Westarp, v. Guérard, Curtius, Dr. Scholz, Lecht, Dreßig-Berlin und Gossen. Daneben firmierten vom Zentrum noch Dr. Bell, Frau Tenck und Frau Weber-Berlin. Darin ist wörtlich zu lesen:

„Arbeitskräfte, die früher in der Landwirtschaft, vor allem in der Forstwirtschaft, den Winter über gearbeitet haben, entscheiden sich jetzt auf Grund des Wegfallens der Bedürftigkeitsprüfung und wegen der höheren Versicherungsleistungen derartigen Arbeiten. Infolge dem birgt der jetzige Zustand die Gefahr in sich, daß auch die hochwichtigen Arbeitskräfte

der Arbeit aus dem Wege gehen.

durch Übernahme verhältnismäßig hoch entlohnter Saisonarbeit in eine möglichst hohe Unterhaltungsstufe zu kommen und dann möglichst großen Vorteil von der Arbeitslosenversicherung zu ziehen.

Sind diese Mißstände und Gefahren der Reichsregierung bekannt? Welche Maßnahmen gedenkt sie im Einvernehmen mit der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zu treffen, um die den Arbeitswilligen schwebenden Mißstände zu beseitigen und um die Arbeitsbeschaffung, als wichtigste Maßnahme in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wieder in den Vordergrund zu rücken.“

Der Abgeordnete Brey hat diese erste amtliche Besichtigung der Arbeitslosen bekämpft. Die Sozialpolitikerin des Zentrums, Frau Tenck, ist Brey entgegengetreten Arm in Arm mit deutschnationalen und anderen Rednern.

Wer hat an dem jetzigen Abbau der Arbeitslosenunterstützung hervorragenden Anteil?

Als im Jahre 1929 um eine Beitragserhöhung von 1/2 Proz. gekämpft wurde, da zogen die Vertreter des Zentrums die gegebene Rutage im interaktionellen Ausschuss zurück, weil die Deutsche Volkspartei nicht bereit war, eine Beitragserhöhung mitzumachen. Sein agitatorischer Wettbewerb erschien dem Zentrum gefährdet. Erst in den letzten Stunden willigte das Zentrum in eine Beitragserhöhung um 1/2 Proz. ein.

Genau so zurückhaltend verhielt sich das Zentrum bei der jetzigen Finanzierung der Arbeitslosenunterstützung. Herr Esser hat die Verhandlungen um Beitragserhöhung abgebrochen. Ueber 3/4 Proz. wollte er nicht hinaus! Nicht einmal auf 3/8 Proz. Im Sozialpolitischen Ausschuss machte ich nicht mehr mit. Er blieb von Stund an den Verhandlungen fern.

So hat das Zentrum dazu beigetragen, daß die von Herrn v. Borjg und Dr. Braun, den Sachwaltern der Arbeiterverbände, an den Finanzminister gegebene Weisung, die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung von der Leistungsseite aus herbeizuführen, verwirklicht werden konnte.

Unter dem Zentrumskanzler, unter dem Zentrumsarbeitsminister und dem Zentrum ist nun erreicht, daß Versicherte, die in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, verminderte Sätze erhalten. Durch Senkung der Lohnklassen von 7 auf 6, 8 auf 7, 9 und 10 auf 8 und 11 auf 9. Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur dann Unterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht. Das heißt, die große Zahl Jugendlicher beiderlei Geschlechts muß von den Eltern unterhalten werden. Man mache sich klar, was das für die Kolleginnen unserer Industrien, für Jugendliche und Eltern bedeutet.

Eine Reihe von Versicherten scheiden in Zukunft aus, ist aus der Versicherung herausgeworfen, weil als geringfügige Beschäftigung in Zukunft nur eine solche angesehen wird, die durch Vertrag oder „Natur der Sache“ auf 30 Stunden wöchentlich beschränkt ist oder für die kein höheres Entgelt als 10 RM wöchentlich vereinbart oder ortsüblich ist. Kurzarbeit bleibt allerdings unberührt.

Auch die Wahlbattersarbeiter scheiden aus der Versicherung aus, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit nicht 32 Stunden beträgt und wenn sie nicht den tariflichen Lohn oder beim Fehlen eines Tarifs den für die betreffende Arbeit ortsüblichen Lohn erhalten.

Im § 89a ist die Bedürftigkeitsprüfung zum Grundlag erhoben. Der Verwaltungsausschuss des Landes-Arbeitsamtes soll nämlich „Richtlinien“ aufstellen darüber, unter welchen Voraussetzungen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch Arbeit im Bereich seiner Arbeitslosigkeit erwirbt oder erwerben kann“. Das kann zum Verlegen der Unterstützung führen, auch wenn der Betrieb der „Geschäft“ dem Arbeitslosen keine Gelegenheit gibt, auch nur einen Tmager zu rühren.

Wenn ein Versicherter arbeitslos wird, dessen Ehegatte ein Arbeitseinkommen von mehr als 35 RM wöchentlich hat, so wird der 15 RM übersteigende Betrag von der Unterstützung des arbeitslosen Ehegatten abgezogen. Nur wenn Familieneinkünfte für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden, tritt eine Schmälerung nicht ein. Sind aber beide Ehegatten zugleich arbeitslos, ohne daß ein Zuschlagempfang vorhanden ist, so wird die niedrigste der Unterstützungen auf die Hälfte gekürzt.

Die Wartezeit ist für alle Arbeitslose auf 14 Tage verlängert worden. Unpünktlich tritt die Arbeitslosen der Verlängerung der Sperrfrist bei freiwilliger Aufgabe von Arbeit oder Nichtannahme von Arbeit.

Sie beträgt grundsätzlich 4 Wochen, sie konnte auf 2 Wochen verkürzt oder auf 8 Wochen verlängert werden. Die Fristen sind in Zukunft 3 und 12 Wochen. Von der Sperrfrist kann abgesehen werden, wenn der Versicherte seine Arbeitsstelle freiwillig aufgibt, um sich einem geregelten Ausbildungs-gang zu befleißigen oder volkswirtschaftlichen Schulung zu unterziehen.“

Der Beitrag ist auf 12 v. H. festgesetzt. Damit ist die Arbeitslosenversicherung keineswegs finanziell abgesichert. Auch dann nicht, wenn die befürchtete Mehrung der Arbeitslosenziffern über die jetzigen Zahlen hinaus nicht steigen sollte. Eine Sicherung der Darlehenspflicht durch das Reich ist nicht gegeben. Im Haushaltsjahr 1930/31 sind 140 Millionen Reichsmark für Darlehen festgesetzt. Der Zuschuß vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 ist auf 184 Millionen Reichsmark begrenzt. Nicht das nicht, so gewährt das Reich für dieses Haushaltsjahr die Hälfte des Zuschusses, die andere Hälfte auszubringen, bleibt einer dunklen Zukunft überlassen. Die andere Hälfte des Beitrages“ ist durch Erhöhung oder Absetzung der Beiträge oder durch die Verbindung beider Maßnahmen zu decken, Seltiger Diktator, was heißt das? Was es heißen soll, wird die Reichsregierung im Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt durch die hierzu erforderlichen Abänderungen der geltenden Vorschriften festlegen. Das kann ausdrücken: Höhere Beiträge der Saisonarbeiter. Es kann weitere Abänderungen in den Leistungen bedeuten. Auf alle Fälle bedeutet es nichts Gutes.

Nun hat „der Abgeordnete Brey“ zusammen mit dem Abgeordneten Hugenberg für die Ablehnung des Notopfers der Beamten und Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften gestimmt und die Höherbesteuerung der Einkommen über 8000 RM abgelehnt. Ich erlaube mein jändisches Verhalten und finde nur Trost in dem Bewußtsein, daß eine Vereinigung der Abstimmung zwischen den Zentrums-

abgeordneten und Hugenberg sein, weit über hinausstellen ist, als eine solche mit mir.

Der Antrag, gegen den ich stimmte, besteuerte Lohn- und Gehaltseinkommen.

Das Einkommen selbst aus Kapitalertrag, aus Grundbesitz, aus Gewerbebetrieb, aus freier Berufstätigkeit blieb von der Besteuerung frei.

Einen Antrag der Sozialdemokraten, bei Einkommen über 8000 RM jährlich 10 Proz. der jetzigen Einkommensteuer zu erheben, haben die Zentrumskollegen abgelehnt. Um in den Verhandlungen von „Gut Brand“ zu reden, sind dadurch die Erwerbsteuern um 100 Millionen gekommen. So hoch wäre dieses Steuerertragsauskommen geworden.

Die Steuer, gegen die ich stimmte, war schablonenhaft, ungerecht, unsozial.

Die sozialdemokratische Kritik hat ihr einige Karten in der Diktaturverordnung genommen, aber sie ist kopflos geblieben.

Betrachten wir sie genauer. Die Verordnung bestimmt, daß bis zu 8000 RM Jahreseinkommen 6 RM Kopfsteuern zu entrichten sind. Zwischen 8000 RM und 20000 RM Einkommen 12 RM usw. bis zu den Reifeinkommen von über 50000 RM, die jährlich 1000 RM an Kopfsteuern entrichten sollen. Die Zentrumspresse und die bürgerliche Presse behaupten, man könne nicht mehr von einer Kopfsteuern reden.

Gemacht! Einige Beispiele, die das Gegenteil bezeugen: Ein Familienvater mit zwei Kindern und dem färglichsten Jahreseinkommen von 1325 RM hat jährlich 12 RM Kopfsteuern zu zahlen. Er muß jetzt dazu für sich und seine Ehefrau eine Kopfsteuern von 9 RM entrichten. Das ist also ein Zuschlag von 75 Prozent seiner bisherigen Lohnsteuer.

Der gut bezahlte Angestellte mit einem Einkommen von über 15000 RM jährlich hatte bisher eine Einkommensteuer von 1800 RM zu leisten. Er muß in Zukunft für sich und seine Ehefrau 18 RM an Kopfsteuern zahlen. Für ihn bedeutet also die Kopfsteuern nur einen Zuschlag von ein Prozent seiner Einkommensteuer.

Der Schwererdiener mit einem Jahreseinkommen von über 10000 RM unterliegt einer Einkommensteuer von jährlich 3000 RM. Seine Kopfsteuern macht dagegen für ihn und seine Ehefrau nur ganze 150 RM im Jahre aus. Hier stellt sich mit die Kopfsteuern nur noch einen Zuschlag von einem halben Prozent zur Einkommensteuer dar!

Auch die Hungerlohnarbeiter unter 1200 RM jährlich die bisher keine Lohnsteuer und Einkommensteuer zu entrichten hatten, müssen nun durch Kopfsteuern den Beitrag entrichten. Der in Aussicht genommene Satz ist von 6 RM auf 3 RM ermäßigt.

Ein Invalidenrentner, der mit einer monatlichen Rente von 30 RM sein Hungerdasein fristet, muß 2 RM bezahlen. Da er nur 1 RM für den Tag zu verzeichnen hat, raubt ihm die Steuer den Unterhalt für 3 Tage. Ein hochbezahlter Angestellter jedoch, der ein Monatslohn von 1800 RM hat, also 60 RM täglich verdient, braucht nur 12 RM Kopfsteuern zu zahlen. Für ihn macht die Kopfsteuern nur den fünften Teil eines Tagesverdienstes aus.

Meine Aufgabe war es nicht, zu den unsozialen Maßnahmen, die die Kaufkraft der Massen herabdrücken, auch noch unsoziale Steuern durchdrücken zu helfen, das war Aufgabe der Besorgnis des Herrn Kanzlers Brüning. Die Finanzvor schläge, für die ich zu stimmen hatte, verhinderten eine Verschlechterung der Aufgaben des Reiches auf sozialem Gebiete. Wir hatten Gegenentwürfe zu machen, und die sind durch die Presse bekanntgeworden, nach sozialen Gesichtspunkten. Die hat der Kanzler, der frühere Generaldirektor der christlichen Gewerkschaften, nicht einmal geprüft, weil er eine Finanzreform mit dem Bürgerblock machen wollte. August Brey.

Zementwerk Grochowiz wird stillgelegt!

Wir können uns nicht damit begnügen, unseren Lesern die Stilllegung zur „Nennungsnahme“ zu unterbreiten, wie es die bürgerlichen Zeitungen machen. Wenn ein Werk wie Grochowiz stillgelegt wird, glauben die Kapitalisten aus dem Lager des Reichsverbandes unterständlicher Arbeiter, aus dem Lager des Stahlwerks und schließlich bei den Landesbehörden, daß es der Zementindustrie sehr schlecht gehen muß; denn eine Stilllegung nach der anderen muß doch etwas für sich haben. Ja, sie hat etwas für sich und die Zementindustrie hat das Examen über Gewinnerzielung und „Wirtschaftsriedlichkeit“ glänzend bestanden. Denn wenn man 15 Proz. Dividende verteilen kann in einer Zeit, wo von ihrer Seite gemauert wird, daß sie am Minus stehen, dann wissen wir abzuschätzen, wie wenig ernst diese Klasse die finanzpolitische Krise des Reiches nimmt, und daß sie sehr wenig Mitleid hat mit derjenigen Klasse, die ihnen zu diesem gewinnbringenden Unternehmen verhoßen hat, nämlich mit der Arbeiterklasse, die gerade in dem letzten Jahre durch die Technisierung und Rationalisierung im Betrieb Grochowiz ihre ganze Arbeitskraft hergeben mußte. Ja, sie mußte, denn das Tempo der Maschine verlangte es. Sie wurde geküßt und gesagt, sie mußte gute Miene zum bösen Spiel machen, sie mußte, denn draußen stand das Gepein: Arbeitslosigkeit! Es kam trotzdem soweit, und der, lieber Arbeitskollege, hältst am 1. September einen Schein in der Hand, wo drauf steht: Wegen Arbeitsmangel entlassen. Nicht nur du allein, sondern noch 300 Arbeiter und Arbeiterinnen bekommen dasselbe.

Sobald die Lagerbestände in Grochowiz sich einigermaßen verringert haben, soll mit der Produktion wieder eingeleitet werden. Daran muß man zu der Erkenntnis kommen, daß dieses Werk nur kurze Zeit stillstehen wird, und während dieser Zeit werden Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten vorgenommen, also im eigentlichen Sinne keine Stilllegung in Frage kommt. 100 Arbeiter sollen übrigens im Betriebe bleiben, die diese Arbeiten verrichten. Hinzu kommt ferner, daß 2000000 Reichsmark für Bauwerke flüssig gemacht wurden und eine längere Einschränkung der Produktion nicht möglich sein kann. Aber wie das nun einmal bei der Zementindustrie ist: Man kann nicht genug bekommen, und wenn die Lagerbestände bis zum Hals voll sind, dann wird einfach das Mundwerk zugemacht.“ Genau so, wie bei der Kuh, die trübt solange, bis sie nicht mehr kann, dann laßt sie sich hin und wackelt mit dem Maute hin und her. Das ist dann Betriebsstilllegung! Nun kommt der Vertreter vom Reich, herbeigeeilt und schimpft wie so ein Nahrspatz vom Dache auf die Regierung, weil sie nichts tue, daß die Produktion erreicht wird und daß sie für die Zementindustrie nichts übrig habe. Das sagt ein Vertreter, der Arbeiterinteressen wahrnehmen soll, Herr Schürch vom Reich. Dann verlangt er weiter im Interesse der Zementindustrie, daß das Regierungsgebäude in Oppeln nur aus Zement hergestellt werden soll. Dagegen hätten wir nichts einzuwenden; denn man weiß ja nicht, wie die Zeiten einmal kommen werden. Es gibt ja schon eine Partei der dummen Grochowizer, die mit dem Kopfe durch die Wand wollen, weil sie die verhasste Lindenregierung in den Tod wünschen. Wenn nun das Regierungs-

gebäude aus Zement hergestellt würde, dann könnte einmal die Probe aufs Exempel gesetzt werden, wer von den Grochowizern mit Stahlhelm, Gafentreu und Mordinstrumenten die Kraft ausbringt, die Betonmauer einzubrechen. Aber diese Gesellschaft ist ja zu feige, sie machen alles mit einer Zigarette, in der eine Bombe mit Wacker enthalten ist. So ist es: großer Maul und nichts dahinter. Und das soll sich einmal Herr Schürch gelogt sein lassen: Wenn es nicht zu viele Kapitalisten gäbe, dann wäre es nicht notwendig, auf die Regierung zu schimpfen, dann hätten die Zementarbeiter heute die Arbeiterunterstützung und die Zementbarone könnten arbeiten lassen, damit sie auch nicht kaputtgehen. Das wird Herr Schürch aber niemals begreifen können, denn er hat sich ja der Partei angeschlossen, von der man heute sagt, daß sie die Partei der Dummen ist: die ihr nachlaufen, die sind natürlich noch dummer. Es muß wohl im Naturgesetz liegen, daß alles sich zusammenfindet, wo es hingehört. Und das ist gut so.

Bis Grochowiz stehen von hier aus 1 Zementbetriebe. Diese stehen still. In dieser Zeit entbrennt der Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Der 11. September, der Tag der Abrechnung, rückt immer näher! Zementarbeiter mit Frau und Kindern, denen die Zukunft geraubt wird, denkt daran, daß es nur eine Nacht gibt, die aus Erbsung bringt, nämlich: indem ihr in eurem Arbeitsbrennen den Menschen leht, der gerade den Weges geht mit der inneren Heberzeugung, daß nur das Werk zur Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Reicht euch ein in die Partei der Arbeiterklasse und wählt am 11. September die Liste 1: Sozialdemokraten! Geht dieser Partei die Kraft, daß sie die Verschlechterungen zu Lasten der Arbeiterklasse verhindern kann.

Colditz.

Als im Frühjahr dieses Jahres der Betrieb Zementfabrik Gotschaldt & Co. in Colditz auf die hochwertigen Dienste eines Herrn Simon verzichtete, verlegte dieser Herr, nachdem er sich von einer längeren Krankheit erholt hatte, sich mit seinen ganzen Kenntnissen auf den Betrieb Collmener Schamottewerke G. m. b. H. Colditz. Damit schied dieser Betrieb, der im letzten Jahre zwischen 50000 und 60000 Mann sein Bestehen feierte, gerettet zu sein. Die Haupttätigkeit dieses nun wieder stark gewordenen Herrn besteht in der völligen Rechtslosmachung und der Ausplünderung der Arbeiter in dem ihm nun unterstellten Betrieb.

Als durch Lohnschiessspruch den Unternehmern in der feuerfesten Industrie Gelegenheit gegeben war, die Stückpreise, insoweit mit ihnen Verdienste über 25 Proz. über den Tarifstundentlohn erzielt wurden, zu kürzen, begünstigte sich die Betriebsleitung der Collmener Schamottewerke nicht damit, sondern fürzte noch bedeutend mehr. Erst nach wiederholtem Eingreifen der Betriebsvertretung und der Gewerkschaftsvertreter wurden die Preise auf die richtige Höhe gebracht.

Wie in jedem anderen Industriebetrieb gibt es auch im Collmener Schamottewerk einen Produktionsausfall durch Bruch

und so weiter. Nun hat es sich Herr Simon zur Aufgabe gemacht, immer einen Arbeiter oder Vorarbeiter zu finden, welchem er den entscheidenden Verlust vom Lohn absichern kann.

All diese Maßnahmen reichen aber scheinbar noch nicht aus, um die Notwendigkeit der Abwesenheit des Herrn Simon in diesem Betrieb (für 54 Arbeitnehmer sind ein Direktor, zwei Geschäftsführer und ein Verwalter da) zu bewerkstelligen. So kam denn der Herr Simon auf eine glänzende Idee. Rund 40 Arbeitnehmer im Betrieb sind im Afford beschäftigt. Der Affordlohn liegt laut Tarif über 25 Proz. über dem Stundenlohn. Wenn man nun dem Affordarbeiter für seine Affordleistung nur den tariflichen Stundenlohn bezahlt, so werden bei 40 Arbeitern in 48 Stunden rund 300 RM an Löhnen eingespart. — Gesagt, getan, und die Arbeiter erhielten am 6. August 1930 für geleistete Affordarbeit nur Stundenlohn bezahlt. Herr Simon ist ein Mann Reiner von den vielen Arbeitgebern ist vor ihm auf diese glänzende Idee gekommen, die er sich nun wahrscheinlich patentieren lassen wird. Bemerkenswert muß noch sein, daß alle Arbeiter, die im Stundenlohn evtl. eine geringere Stückzahl liefern, wegen Minderleistung entlassen werden sollen.

Einen kleinen Haken hat allerdings die Rechnung doch, und das ist, die Belegschaft ist restlos organisiert und Herr Simon wird höchstwahrscheinlich nach Erledigung der Lohnfrage den einbehaltenden Betrag wieder auszahlen müssen. — Schade, schade.

Aber der starke Mann bleibt Herr Simon doch. Als der Betriebsrat gegen den zu niedrigen Lohn bei der Auszahlung im Frühjahr der Belegschaft Protest erhob und im Laufe der Verhandlung Herr Simon, der wiederholt früher gemachte Zusagen abtritt, mit den für so handelnde Personen richtigen Namen besetzte, schämte Herr Simon als Erster gleich den Betriebsratsvorsitzenden hinaus. Wer in diesem Falle den Kürzeren zieht, wird die Zukunft lehren.

Die Arbeitererschaft kann sich indes auf ihre Organisation verlassen.

Landsberg a. d. Warthe.

Die Unternehmer benehmen die Wirtschaftskrise, um der Arbeitererschaft das Fell gründlich über die Ohren zu ziehen. Ein großer Teil der Arbeitererschaft ist durch die große Arbeitslosigkeit so nutzlos geworden, daß er nicht den Mut findet, den Unternehmern bei ihrem Treiben entgegenzutreten. Wo die Arbeitererschaft gut organisiert ist, herrschen einigermassen erträgliche Arbeitsverhältnisse. Dort, wo schlechte oder gar keine Organisationen vorhanden sind, schaltet und waltet der Arbeitgeber wie er es für gut befindet. Wie gerade in letzteren Betrieben die Unternehmer mit der Arbeitererschaft umspringen, davon nur einige Beispiele:

Die Firma Hühner, Ziegelei in Landsberg, besitzt 3 Deisen. Bei guter Konjunktur werden über 100 Arbeiter beschäftigt. Da die Belegschaft schlecht organisiert ist, was natürlich der Unternehmer weiß, so glaubte er die Situation auszunutzen zu können und zog kurzerhand den Dfenleuten pro Tausend 60 Pf. ab. Das macht pro Woche etwa 12 RM pro Arbeiter. Einige Wochen darauf kamen die Presseleute daran, die 3 Pf. pro Tausend der Firma schenken mußten. Nun besteht ein Tarif für die Ziegelindustrie von Landsberg und Umgebung, dem die Firma als Mitglied der Arbeitgebervereinigung unterstellt ist. Die erfolglosen Absätze sind natürlich tarifwidrig. Aber wenn die Belegschaft schlecht organisiert ist, findet sich selbstverständlich niemand, der der Firma bei ihrem tarifwidrigen Verhalten entgegentritt. Auch die sonstigen tariflichen Bestimmungen werden von der Firma nicht eingehalten. So zahlt sie die im Tarif festgelegten 30 Pf. für eigenes Handwerkzeug nicht. Nach dem Tarif ist das 3-Schichtensystem für Brenner festgelegt. Die Firma lehnt sich nicht daran, sondern läßt früh und frohlich die Brenner weiter in 2 Schichten arbeiten. Fortwährend finden Entlassungen statt, was als Folge der 57stündigen Arbeitszeit anzusehen ist, statt der 48stündigen, die im Tarif festgelegt wurde.

Durch Neubau einer modernen Trockenanlage sowie Neuaufrüstung einer Presse, welche bis zu 6000 Ziegelleisten pro Stunde liefert, hofft die Firma noch mehr Arbeiter zu ersparen. Die Arbeitererschaft ist wohl in großer Sorge vor Arbeitslosigkeit bei der eingeführten Rationalisierung, findet aber nicht den Weg zur Organisation. Daß kein Betriebsrat zustandekommt bei dem schlechten Organisationsverhältnis, braucht niemand zu wundern. Würde sie den Weg zur Organisation finden, sich restlos dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramikischer Bund, anschließen, so wäre es möglich, bei dieser Firma Ordnung in das Arbeitsverhältnis hineinzubringen und auf Durchführung der tariflichen Bestimmungen zu dringen.

Auch die Firma Ziegelei Honig, ebenfalls Mitglied der Arbeitgebervereinigung, glaubt die tariflichen Bestimmungen nicht einhalten zu können. Sie weigert sich ebenfalls, das tarifliche Werkzeuggeld zu zahlen. Die Organisation wird Mittel und Wege finden, die Firma zur restlosen Einhaltung der tariflichen Bestimmungen zu zwingen.

Daß gute Organisation schon von selbst Ordnung in tariflicher Beziehung schafft, sieht man bei der Firma Wiedemann (Ziegelei), wo die Belegschaft gut organisiert ist. Hier wird der Tarif eingehalten. Arbeitszeit ist 45 Stunden pro Woche. Es muß aber leider auch gesagt werden, daß bei dieser Firma einzelne Brenner den Wert der kurzen Arbeitszeit nicht einsehen und in 2 Schichten arbeiten möchten. Sie bedenken dabei nicht, daß sie dadurch der Höherentwicklung der Löhne, die gerade im Landsberger Bezirk mit die niedrigsten in der gesamten Ziegelindustrie Deutschlands sind, die größten Hindernisse in den Weg legen und die Arbeitslosenjustizern vergrößern helfen.

Die Firma Benzel, Cennin, glaubt ebenfalls den Tarif nicht einhalten zu müssen. Sie läßt 54 statt 48 Stunden arbeiten, bezahlt kein Werkzeuggeld und verweigert die Arbeitererschaft um den tariflichen Urlaub zu bringen, indem sie Entlassungen vor Beendigung der Campagne vornimmt. Daß sich der Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramikischer Bund, das Treiben der Firma nicht ruhig gefallen lassen kann, sondern Maßnahmen ergreifen wird, um diese Firma zur Einhaltung der tariflichen Bestimmungen zu zwingen, und seinen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen wird, braucht wohl nicht extra zu werden.

Nicht nur die Ziegeleibesitzer glauben sich an tarifliche Bestimmungen nicht halten zu brauchen, sondern auch in der Zementindustrie gibt es solche reaktionären Arbeitgeber. So glaubt die Firma Barisch, Zementwaren- und Kunststeinfabrik, mit ihrer Arbeitererschaft umspringen zu können, wie es ihr beliebt. Sie weigert sich, die tariflichen Bestimmungen zu befolgen, welche für die ersten beiden Hebertunden 25 Proz. für weitere 25 Proz. betragen, zu zahlen, sondern will nur 10 Proz. bezahlen. Auch hier wird der Verband der Fabrikarbeiter die geeigneten Schritte unternehmen, um die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen zu erwirken.

Die Unternehmer, hauptsächlich in der Ziegelindustrie und auch ein Teil der Feinwaren- und Besenwerkzeugindustrie, glauben sich über alle tariflichen Bindungen hinwegsetzen zu können. Das ist die Schreckensindustrie an Parolen herausgibt, glauben sie getrennt nachmachen oder befolgen zu müssen.

Gerade bei der Arbeitererschaft dieser Industriezweige müßte aus letzter Zeit genügend Aufbaumaterial erhalten haben, um zu wissen, wozu die Unternehmer mit ihren Maßnahmen zielen. Leider ist das ein großer Teil der Arbeitererschaft noch nicht erkannt und unterwirft unbewußt das Treiben der Unternehmer.

Das Ziel der Unternehmer ist, wie in der Politik der Brüning-Regierung, zu diffundieren. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen nur noch ihrem Willen folgen. Die Arbeitererschaft hat in diesen Fragen nicht mehr mitzusprechen. An die Arbeitererschaft richten wir die Mahnung, ihre Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abtei-

lung Keramikischer Bund, zu stärken. Je stärker vortretende Organisation ausgebaut wird, desto geringer werden die Diktaturgelüste der Unternehmer sein. Auch in allen Industriezweigen der Grobkeramik werden wir eher annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen können. Noch eine Mahnung: Die Unternehmer hoffen wahrscheinlich auf einen Sieg der reaktionären Gewalten am 11. September. Arbeiter, sorgt dafür, daß ihre Hoffnungen zunichte werden, und am 11. September 1930 die Partei den Sieg erringt, welche stets die Interessen der Arbeitererschaft vertreten hat, wählt die Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei.

Lohnstreit in der feuerfesten Industrie.

Dem Vorgehen anderer Arbeitgeberverbände folgend, kündigte der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie Schlesiens den bisher bestehenden Lohnvertrag zum 31. Juni. Entsprechend der im Tarif vorgesehenen Kündigungszeit konnte die Kündigungsfrist erst am 31. Juli ihren Ablauf finden.



Neuhaldensleben.

Eine Bezirksstagnation der Fabrikarbeiter fand im Gewerkschaftshaus statt. 31 Delegierte waren anwesend. Es galt, zu den Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Schmidt wies auf die Bestimmungen des Bezirksstatuts hin, wonach in den nächsten Tagen die Wahl der Delegierten in den Betrieben vorzunehmen ist. Resultate sind im schnellsten Wege dem Geschäftsführer zu melden. In die Kontrollkommission wurden einstimmig die Kollegen Nordmann-Neuhaldensleben und Wärtens-Wahlborn gewählt. Beide haben die Vorkontrollrolle durchzuführen. Seit der Tagung der letzten Konferenz hat die Bezirkszahlstelle fünf Kollegen und Kolleginnen durch den Tod verloren. Durch Erheben von den Siben wurden diese geehrt. Anschließend wurde auf die Rechte der Ehefrauen der Kollegen hingewiesen. Viele wissen gar nicht, daß den Frauen verstorbenen Kollegen, soweit sie Mitglied des Verbandes waren, ein Sterbegeld ausbezahlt wird. In den einzelnen Zahlstellenversammlungen soll besonders darauf hingewiesen werden. Ein Bericht vom Stande der Gewerkschaftsbibliothek schloß sich an. Eine Menge neuer Bücher sind wieder angeschafft worden. Die Verbandsjubiläumsschrift ist geschmackvoll gebunden, lebendig geschrieben und ist ein Nachschlagewerk für mindestens jeden Verbandsfunktionär und ist im Büro der Zahlstelle zu haben.

Der Geschäftsführer behandelte zuerst die Eingänge. Ein Schreiben des Vorstandes behandelte die hausgewerbliche Krankenversicherung. Der jetzige Konjunkturstand der gesamten Wirtschaft des ganzen Reiches wurde ausgiebig in einem Rundschreiben erläutert. Die geringe Kaufkraft der breiten Massen bedingt eine Herabsetzung der Produktion. Eine Kapitalbesetzung der Unternehmer durch die Banken, um die Produktion zu steigern, findet nicht statt. Das Geld wird immer größer, und die maßgebenden Stellen bei der Regierung sehen den Dingen tatenlos zu. Eine Belebung der Wirtschaft ist in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Alle diese Dinge wirken sich auf die Tarifabschlüsse aus. Es ist schon ein großes Verdienst unserer Verhandlungskommissionen, wenn sie erreichen, daß das Bestehende noch auf einige Zeit erhalten bleibt. Auch in der Feinkeramikindustrie wurde dies erreicht. Die Unternehmer forderten hier 10 Prozent Lohnabbau. Die hier beschäftigten Arbeiter, zum größten Teil Frauen, sind sehr schlecht organisiert. Stundenlöhne von 22 Pf. müssen sie sich da gefallen lassen, wogegen in den Betrieben, wo eine gute Organisation vorhanden ist, der Unternehmer Tariflöhne bezahlen muß. In der Feinkeramik herrschen ähnliche, wenn auch nicht so traurige Zustände. Schade, daß die alten Kollegen entlassen und jüngere Kräfte eingestellt. Nicht vielleicht, weil die alten Kollegen nicht mehr leistungsfähig sind, nein, nur um billigere Arbeitskräfte zu haben. Die Verhandlungen gestalteten sich hier besonders schwierig. Trotz der Lohnabbauforderung der Unternehmer wurde der Tarif um ein Jahr verlängert.

In der Grobkeramik wurde ebenfalls das Alte beibehalten. Monatslohn ist vollständig stillgelegt. Der Unternehmer geht heute stempeln, was er nicht nötig hätte, wenn er es verstanden hätte, mit seinen Arbeitern zusammenzuarbeiten. Die von dem Lohne der Arbeiter abgezogenen Grobchen haben ihm nicht viel Glück gebracht. Hundsbürg ist voll beschäftigt, und Wahlborn hängt jetzt wieder an.

In der Feinkeramik herrschen keine rosenfarbigen Zustände. Der Lohn- sowie Manteltarif wurde von den Unternehmern gekündigt. Hier richtet sich der Kampf besonders gegen die Preiskommissionen. Das Stoppuhrsystem wird fast von allen Unternehmern angewandt. Aus den ausgemergelten Steingut- und Porzellanarbeitern will man das Letzte herausziehen. Preise mit jedem einzelnen machen zu können, ist das Ziel der Unternehmer. Das dabei nicht nur die Arbeitererschaft, sondern auch so mancher Betrieb läten gehen wird, leuchtet den Keramikischen Nachhabern nicht ein. An der strengen Organisation der Fabrikarbeiter werden sich die Unternehmer die Zähne ausbeißten. Der Geschäftsgang der einzelnen Betriebe ist sehr schlecht. Schmelzer, Althaldensleben, ist immer noch schwach beschäftigt. Saxonia ebenfalls. Die Braudruinen ragen hier immer noch zum Himmel. Nicht hat Kurzarbeit angehängt. Im Betrieb Altemeyer wurden mehrere Kündigungen ausgesprochen. Schmelzer, Althaldensleben, wieder Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden; denn nur ein ganz geringer Prozentatz kam zur Entlassung. Auch für diese stellte man in Aussicht, wieder einzustellen.

Stehend folgt ein Bericht von der Jubiläumssfeier in Saxonia. Beschlossen wurde, die heutige Jubiläumssfeier am 2. August bei Herzog stattfinden zu lassen. 82 Jubilaren, die dem Verband über 25 Jahre angehören, werden Arkunden vom Hauptamt überreicht werden.

Der Geschäftsbericht wurde rege diskutiert. Kollege Kunze wies besonders auf die sehr schwierige Situation hin. Die Lohnverhandlungen werden sich sehr schwierig gestalten. Besonders Gewicht muß diesmal bei den Verhandlungen auf die Arbeitererschaft gelegt werden. Die Spanne zwischen Zeitlohn und Affordlohn wird immer geringer. Unter allen Umständen müssen wieder Effektivzuschläge erreicht werden. Das Stoppuhrsystem ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Wärtens ist schäblicherweise in der Ziegelei Wahlborn. Eine Vertammlung soll in nächster Zeit hier stattfinden, um Aufklärung in die Kollegenkreise zu tragen. Thon ging besonders auf die Interessenlosigkeit der Mitglieder ein. Soll es einmal anders werden, muß sich jedes Mitglied Aufklärung holen, damit es die erste Lage erkennt, in der die Arbeitererschaft schwebt. — Es setzte hierauf eine Mittagspause von einer Stunde ein. Da Kollege Schmidt plötzlich schwer erkrankte, übernahm Kollege Gustav Schmidt-Neuhaldensleben den Vorsitz.

Es folgte der Kassenbericht. Die Hauptkasse buchte eine Ein- und Ausgabe von 21.57,91 RM, und die Nebenkasse 26.163,12 RM. Die Zahlstelle zählt gegenwärtig 1301 männliche und 501 weibliche Mitglieder. Einen Bericht von der Frauenkonferenz gab Kollege Kunze. Der Ausschuss der Frauenorgani-

Dieser Standpunkt haben wir dem Arbeitgeberverband gegenüber auch schriftlich zum Ausdruck gebracht. Mit dem Kündigungsbescheid zugleich wurde ein Lohnabbau von 10 Proz. gefordert. Damit ging man noch über den allgemeinen propägedierten 7-prozentigen Lohnabbau hinaus. Wenn schon — denn schon, war hier die Parole. Dieses Ansuchen mußte auf scharfen Widerstand bei den Belegschaften stoßen. Unter diesen Umständen waren die Aussichten auf eine schnelle Erledigung des Streites in den Verhandlungen gering. In dem Verfahren vor dem Tarifschiedsgericht erboten die Verhandlungen zunächst damit, daß ein Schiedsspruch nicht zustande kam, da weder mit den Stimmen der Arbeitgeber noch mit den Stimmen der Verbandsvertreter eine Mehrheit für einen Spruch zu erzielen war. Es bleibt zunächst dem unparteiischen Vorsitzenden überlassen, entweder von sich aus oder auf Antrag einer der beiden Parteien die Verhandlungen fortzusetzen. Arbeiter der feuerfesten Industrie! Schließt und stärkt die Front, damit auch dieser Kampf zu einem für die Arbeitererschaft befriedigenden Abschluß führt. p. 6.

Es wurde dann eine scharfe Diskussion über die bevorstehenden Lohnverhandlungen geführt. Reichslohn- sowie Manteltarif wurden von den Unternehmern gekündigt. Einen Lohnabbau vorzunehmen ist ihr einziges Ziel. Die von den Unternehmern auf Kosten der Arbeitererschaft durchgeführte Rationalisierung hat ihnen schon viel Nutzen und der Arbeitererschaft viel Schaden gebracht. Besonders die Porzellaner können davon ein Lied singen. Der Kampf der Unternehmer richtet sich auch gegen die Preiskommissionen. Mit jedem einzelnen Preise machen, wäre ihr Idealzustand. Die Kollegen wissen, wenn dies durchgeführt, was ihrer wartet. Die Delegierten waren sich einig in dem Gedanken: Bis hierher und nicht weiter! Diesen Wunsch gaben sie auch der Verhandlungskommission mit auf den Weg.

Es wurde dann eine scharfe Diskussion über die bevorstehenden Lohnverhandlungen geführt. Reichslohn- sowie Manteltarif wurden von den Unternehmern gekündigt. Einen Lohnabbau vorzunehmen ist ihr einziges Ziel. Die von den Unternehmern auf Kosten der Arbeitererschaft durchgeführte Rationalisierung hat ihnen schon viel Nutzen und der Arbeitererschaft viel Schaden gebracht. Besonders die Porzellaner können davon ein Lied singen. Der Kampf der Unternehmer richtet sich auch gegen die Preiskommissionen. Mit jedem einzelnen Preise machen, wäre ihr Idealzustand. Die Kollegen wissen, wenn dies durchgeführt, was ihrer wartet. Die Delegierten waren sich einig in dem Gedanken: Bis hierher und nicht weiter! Diesen Wunsch gaben sie auch der Verhandlungskommission mit auf den Weg.

Tag der Fabrikarbeiter in Neuhaldensleben.

40 Jahre sind ins Land gegangen, seitdem der heute mächtige Fabrikarbeiterverband ins Leben gerufen wurde. 29 Männer waren es, die sich vor 40 Jahren in Hannover zusammensetzten und den Grundstock bildeten für den heutigen Verband. Auch ein Neuhaldenslebener, den heute der große Mann deckt, August Blume, war unter ihnen. Er kann den heutigen Triumph des Verbandes nicht miterleben. Den Jubiläumstag des Verbandes hat auch die Bezirkszahlstelle Neuhaldensleben am Sonntagabend, dem 9. August, festlich begangen. Unfreundliches Wetter lag in der Luft, so daß das Fest im Saale bei Herzog abgehalten werden mußte. Der Saal war viel zu klein, um die Massen aufzunehmen. Immer mehr strömten herein. Ein Festkonzert, eingeleitet mit dem Marsch „Friedensklänge“, gelehrt von der Fittlerischen Kapelle, bildete den Anfang der erhabenen Feier. Die Kapelle gab ihr Bestes und hat stürmischen Beifall geerntet. Der Arbeitergesangverein „Einigkeit“ hat durch geistliche Darbietungen mitgeholfen, die Feier wichtig zu gestalten. Erschienen war vom Hauptverband aus Hannover der Kollege Karl. In seiner Festrede überbrachte er die Grüße des Hauptverbandes und der 470.000 Mitglieder des Verbandes. Er schilderte die Entwicklung des Verbandes seit der Gründung bis heute. Heute ist der Verband ein Machtfaktor in der gesamten Wirtschaft. In das Buch auf den Verband stimmten alle begeistert ein. Tränen des Auges standen die Alten da und freuten sich, den heutigen Jubeltag noch miterleben zu können. Nach Kollege Karl sprach Kollege Losky vom Gauverband. Ihm oblag die Ehrung der 82 Jubilare, die 25 Jahre und mehr dem Verbands angehören. In seiner Ansprache stellte er den Dank an die alten Kämpfer ab. Er ermunterte die Jugend, ihnen nachzueifern und weiter im Sinne der alten Kämpfer für den Verband zu arbeiten. Er gedachte weiter zweier Funktionäre, die 30 Jahre lang als Unterkassierer dem Verbands gedient haben, der Kollegen Nordmann und Wärtens. Ihnen überreichte er vom Hauptverband ein besonderes Geschenk. Namentlich verlas er dann die Jubilare und überreichte jedem ein Ehrendiplom in Weichleder gebunden und mit einer Widmung und Unterschrift des Verbandsvorsitzenden August Wren. Allen sprach er den Dank für ihr nimmermüdes Wirken für den Verband aus. Die Jugend ermahnte er, den Alten nachzueifern, damit auch sie einst dieses Fest begehen können. Er wies noch auf die eingeführten Unterstützungen des Verbandes hin.

Die Konzertsünde nahmen dann ihren Fortgang, und als das Lied „Lord Solon“ durch den Saal brannte, da gelobten alle flammenden Herzens und mit innerlicher Heberszeugung, erst recht mitzuarbeiten, damit die Lage der gesamten Arbeitererschaft einmal eine bessere wird. No 15, Neuhaldensleben.



Bezirkszahlstelle Leckermünde.

Das Büro befindet sich am 2. September 1930: Altes Bollwerk 12. Telefon 421.

Arbeitsmarkt.

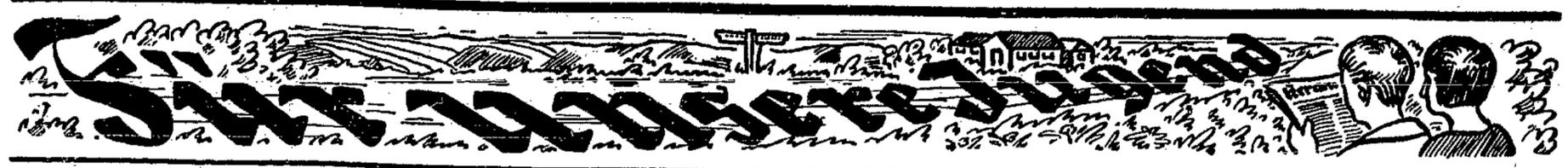
(Inserate unter Chiire werden nicht aufgenommen.)

Vertikaler Formgießer und Modelleinrichter, 35 Jahre alt, verheiratet, welcher schon in größeren Qualitätsfabriken tätig war, sucht sofort Dauerstellung, möglichst mit Wohnung. Angebote an die Redaktion „Keramischer Bund“ erbeten.

Brennhaushälter, mit allen in der Porzellanfahndirbranchen vorkommenden Arbeiten vertraut, verheiratet, 24 Jahre alt, welcher mehr als 6 Jahre in Porzellanfahndirfabriken tätig war, sucht anderweitig für sofort Dauerstellung, Wohnung erwünscht. Angebote an die Redaktion „Keramischer Bund“ erbeten.

Schmelzer, der auf eine zwanzigjährige Tätigkeit als solcher zurückblicken kann und mit allen Systemen vertraut ist, sowie dessen Frau, perfekte Druckerin und Walerin, suchen wegen Konfures des letzten Betriebes, in welchem sie Stellung hatten, anderweitige Beschäftigung. Referenzen zur Verfügung. Angebote an den „Keramischen Bund“ erbeten.

Ein tüchtiger Bleikristallglasmacher, ledig, 27 Jahre alt, gut eingearbeitet auf Flaschen, Karaffen und Borzettel, sucht sofort Stellung im In- oder Ausland. Für den Notfall wird die Arbeit als Gehilfe nicht ausgeschlossen, wenn Meistertitel sicher in Aussicht. Angebote erbeten an Josef Wagner, Weiden (Opf.), Raabstraße 18 1/23.



Gewerkschaftsjugend und bürgerliche Sportbewegung.

Unsere Gegner, das Bürgertum und vor allem die Unter-nehmer, besitzen im Sport ein gewaltiges Ablenkungsmittel, das vor allem die Arbeiterjugend von gewerkschaftlicher Arbeit fernhält. Nicht bloß auf den bürgerlichen Sport trifft das zu, sondern auch zum größten Teil auf den Arbeiter-sport. Nur langsam wird man sich in unseren Arbeitersportvereinen klar, und das ist sehr notwendig und erfreulich, daß neben der Er-schließung des Körpers auch die Erleuchtung des Geistes in sozialistischem Sinne durchgeführt wird.

Eine große Gefahr für uns besteht weiter darin, daß eine große Anzahl von unserer Jugend bei bürgerlichen Sport-vereinen sich betätigt. Sie sagen, es gefiele ihnen dort besser, weil mehr los wäre als in Arbeiter-sportvereinen. Erwideret man ihnen dann, daß sie dort so beeinflusst werden, daß sie ver-gessen im Befreiungskampf ihrer Klasse, der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, mitzuhelfen, so sehen sie das nicht ein. Sie sagen, ach, das ist in gar nicht wahr, daß sie uns beein-flussen, denn diese Verbände sind „neutral“ und treiben keine Politik. Ja, warum kommt denn da ihr Unbeeinflussbaren nicht in unsere Versammlungen? — Dast ihr immer noch nicht gemerkt, daß sich hinter dieser Maske „Neutralität“ die Feinde der organisierten Arbeiterschaft verstecken? Warum werden denn diese Vereine von bürgerlicher und Unternehmerseite so oft unterstützt? — Weil die Gewerkschaften wissen, daß diese Verbände eine gute Waffe gegen unsere Agitationsarbeit sind. In diesem Zweck macht man auch oft Sportvereine auf. Unsere Jugend ist davon begeistert. Auch ältere Arbeiter hüpfen auf diesen Reim. Man gibt der Arbeiterschaft Geräte zum Turnen und Sporteln. Und so wird man für rege sportliche Tätigkeit erzogen, gegen gewerkschaftliche Arbeit. —

Durch diese kurzen Ausführungen soll nun nicht der Ein-druck erweckt werden, daß die Arbeiterjugend keinen Sport treiben soll. Sie soll Sport treiben in unseren sozialistischen Ar-beitersportvereinen. Aber sie darf dabei ihre Pflicht nicht ver-gessen, die ihnen als Gewerkschaftler erwächst. Vor allen Dingen nicht die Werbearbeit für unseren Verband. Die geistige Schu-lung und Weiterbildung jedes einzelnen selbst, zu der unser Verband viele Möglichkeiten bietet. Vor allen Dingen bei unse-rem Veranlassungen darf die Jugend nicht fehlen, denn auch dadurch wird das Verhältnis zwischen alt und jung gefördert. In unseren Jugendgruppen wird Bildungsarbeit betrieben, ohne daß unseren Jugendlichen besondere finanzielle Lasten erwachsen. Wir kämpfen für die Zukunft, denn sie soll unser sein. Dazu brauchen wir eine geistig gutgeübte und kampfs-erprobte Jugend. —

So hat neben sportlicher Tätigkeit die Jugend noch eine große Aufgabe zu erfüllen. Wird sie es schaffen? Wird sie das vollenden was die Alten begonnen?

Sie wird es vollenden, wenn ihr auch die anderen Kolle-ginnen und Kollegen alle zu jeder Zeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Nicht als erhabene Erfahrene über der Jugend, sondern als treue Freunde und Kameraden in der Jugend.

Den jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern, welche noch in bürgerlichen Sportvereinen sind, und denen, die noch nicht den Weg zu uns gefunden haben, rufen wir zu: „Nur der verdient sich Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß“. Mensch sein heißt nicht nur Sportler sein, sondern auch Kämpfer. Alle müssen mitarbeiten an der Befreiung der Ar-beiterklasse von wirtschaftlicher Not und Ausbeutung. Erst wenn der letzte Jugendliche in unseren Reihen als aktiver Streiter steht, können wir ruhig in die Zukunft blicken. Darum werbt für unseren Verband, gründet Jugendgruppen und arbeitet mit.

Das internationale Lehrlings-wesen.

Ueber das internationale Lehrlingswesen hat der Inter-nationale Gewerkschaftsbund einen Bericht herausgegeben, der eine übersichtliche Zusammenstellung der gesetzlichen Bestim-mungen in den verschiedensten Ländern enthält. Man ersieht daraus, daß die Bestimmungen zum Teil erheblich voneinander abweichen. In einigen Ländern sind sie besser, in anderen schlechter. In wirtschaftlich bedeutenden Ländern, so in England, Holland, Lettland und Schweden, gibt es überhaupt keine gesetz-lichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen. Doch sind auch hier die Gewerkschaften unermüdlich tätig, solche Bestimmungen zu erwirken. Leitgedanke ist hierbei, die Lehrlinge vor Aus-beutung und Ausnutzung zu schützen. Der Bericht bemerkt, daß nach dem Kriege auf dem Gebiete des Lehrlingswesens große Fortschritte gemacht worden sind.

Die Dauer der Lehrzeit schwankt in den einzelnen Ländern im allgemeinen zwischen 2 bis 4 Jahren. In Dänemark be-stimmt das Gesetz, daß die Lehrzeit 3 Jahre nicht übersteigen darf. In Luxemburg darf die Lehrzeit nicht weniger als zwei und nicht mehr als vier Jahre betragen, in Rumänien ist die Höchstdauer der Lehrzeit auf vier Jahre festgesetzt. Oesterreich unterscheidet zwischen fabrikmäßigen und nichtfabrikmäßigen Gewerben. In den fabrikmäßigen Gewerben beträgt die Lehrzeit zwei und drei, in den nichtfabrikmäßigen Gewerben zwei bis vier Jahre. In der Tschechoslowakei gilt eine ähnliche Be-stimmung. In Kanada ist die Mindestdauer der Lehrzeit auf zwei Jahre festgesetzt, in Australien die Höchstdauer auf vier Jahre. Besonders erwähnenswert ist das Lehrlingsgesetz in Südafrika. Hier liegt die Durchführung des Gesetzes in den

Händen von aus Unternehmern und Arbeitern gebildeten Kom-missionen, die dem Minister Vorschläge über die Dauer der Lehrzeit zu machen haben. Solche Kommissionen existieren für jedes Gewerbe. Ungarn bringt die Lehrzeit mit der Schulbildung in Verbindung. Im allgemeinen beträgt hier die Lehrzeit zwei bis vier Jahre. Wer jedoch vier Klassen einer Mittel- oder Bür-gerschule mit Erfolg beendet hat, braucht nur 1 1/2 bis 3 Jahre, und wer sechs Klassen durchgelaufen ist, nur ein Jahr zu lernen. Diese Massenabstufung schafft für diejenigen Lehrlinge, die das Geld für einen längeren und kostspieligeren Schulbesuch haben, besondere Rechte. Der Traum aller deutschen Reaktionäre.

In den verschiedenen gesetzlichen Regelungen sind einige Be-stimmungen besonders bemerkenswert. Das dänische Lehrlings-gesetz bestimmt, daß der Lehrmeister dem Lehrling für die ver-lorungsgangene Lehrzeit Schadenersatz leisten muß, wenn durch sein Verschulden der Lehrling schlecht ausgebildet worden ist. In Finnland ist jeder Gewerbetreibende, der Lehrlinge beschäftigt will, verpflichtet, mit diesen einen Vertrag abzuschließen, in dem die Lohnbedingungen, der Lohnzahlungsstermin usw. festgelegt sind. In Jugoslawien müssen die Jugendlichen besondere Lehr-lingschulen besuchen; die Schulpflicht dauert so lange wie die Lehrzeit. In Oesterreich erhält der Lehrling nach Vollendung des ersten Drittels der Lehrzeit eine Entschädigung, die durch seinen Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden kann. Mißhandlung durch den Lehrherrn berechtigt zur sofortigen Auflösung des Lehrverhältnisses. Nach Beendigung der Lehrzeit muß der Ge-werbetreibende den Lehrling noch drei Monate als Gehilfen weiterbeschäftigen.

In Rußland ist das Alter, in dem die Lehrzeit beginnen darf, auf 16 Jahre festgesetzt. Ausnahmen sind zulässig. Das Recht zur Beschäftigung von Lehrlingen haben nur die Personen, Organisationen und Institutionen, die eine behördliche Lizenz zur Aufrechterhaltung eines industriellen Betriebes besitzen. Die Höchsthöhe der Lehrlinge darf zwei für jeden Arbeiter nicht über-steigen. Der Lohn, der zu 25 Proz. in Geld auszuschüttet werden muß, wird vom Staat festgesetzt. Ist der Lehrling mehr als zwei

Monate arbeitsunfähig, ist der Lehrherr berechtigt, ihn zu ent-lassen. In der Tschechoslowakei kann der Lehrling das Lehrver-hältnis aufgeben, wenn er dauernd ungerecht und hart behandelt wird.

In Australien existieren in den einzelnen Staaten vonein-ander abweichende Gesetze. Das Lehrlingsgesetz von Queensland berechtigt den Minister, zu verlangen, daß Lehrlinge vor Eintritt der Lehrzeit eine allgemeine Prüfung ablegen. Im Staate Victoria bestimmt das Lehrlingsgesetz, daß die Lehrlinge bei Ge-währung von Krankenunterstützung und Ferienlohn die gleichen Sätze wie die Erwachsenen bekommen. In Neuseeland sind die Industrien an den verschiedenen Orten verpflichtet, Lehrlings-komites zu bilden, denen auch Lehrlinge angehören. Ihre Auf-gabe besteht in der Überwachung der Ausbildung.

Erwähnt seien dann noch die Verhältnisse in Großbritannien und Holland, wo keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen das Lehrlingswesen regeln. In Großbritannien ist der Unternehmer lediglich gesetzlich verpflichtet, den Lehrling in seinen Dienst ein-zuwählen. Die Lohnämter setzen Mindestlöhne für Lehrlinge fest, auch haben sie für eine gute Ausbildung zu sorgen. In Holland wirken die Berufsschulen bei der Abschließung von Lehr-verträgen mit. Das Berufsschulgesetz bestimmt, daß dem Lehr-ling nach Ablauf der Lehrzeit Gelegenheit zu einer Prüfung ge-geben werden muß. Die Prüfung erfolgt durch eine behördlich eingesezte Prüfungskommission, die auch dem Lehrling kostenlos einen Fähigkeitsausweis ausstellen muß.

In einer Reihe von Ländern, wo noch keine Lehrlingsgesetze bestehen, sind solche in Vorbereitung. So wird in Belgien ein Gesetzentwurf zur Zeit geprüft. In Estland befindet sich das Lehrlingsgesetz im Stadium der Vorbereitung. In Lettland haben die Gewerkschaften einen Entwurf ausgearbeitet und der sozial-demokratischen Fraktion unterbreitet. Ungelöst sind die Ver-hältnisse in Schweden, wo bisher alle Gesetzentwürfe vom Reichstag abgelehnt wurden. In einer Anzahl von Ländern wer-den die Lehrlingsverhältnisse auch durch Kollektivverträge ge-regelt.

Unseren Frauen u. Mädchen

Arbeitstag und Wochenende.

Unter dem Titel: Mein Arbeitstag, mein Wochenende! ist vom Arbeiterinnen-Sekretariat des Deutschen Textilarbeiter-verbandes ein wertvolles Buch herausgegeben worden, das weit über die eigentliche Textilarbeiterin hinaus Anerkennung und Beachtung verdient. 150 Textilarbeiterinnen berichten hier über ihre Lebensverhältnisse. Mit rücksichtsloser Offenheit schildern sie die soziale Umwelt, die sie umgibt, sie heben die Unannehm-lichkeiten und Gefahren der Arbeit hervor und verweisen auf die Qualen und Leiden, die sie erdulden müssen. Es ist durchaus nicht das Schicksal einzelner, das dies Buch aufzeigt, sondern das Schicksal aller Arbeiterinnen, die unter dem heutigen System in den Fabriken „verdingen“ müssen. Bittere Anklagen erheben die Arbeiterinnen gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Ge-sellschaftsordnung mit ihren Ausbeutungsmethoden. Manche ver-heiratete Frau möchte der Erwerbsarbeit fern bleiben, um ihren Hausarbeiten und Mutterberuf richtig versehen zu können, aber der Verdienst des Mannes reicht nicht aus. So erwacht — aus der Not geboren — der Zwang zur Erwerbsarbeit der Frau trotz Haushalt und Kindererziehung. Eine Frau z. B. schreibt über ihren Arbeitstag und ihr Wochenende: „Am Sonntag früh ist die Hausarbeit zu verrichten und mittags Wäsche instand zu setzen und Strümpfe zu stopfen. So geht das Hanteln und Jageln fort, von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, und ein Ver-dienst ist doch so nötig, weil es sonst nicht zum Leben reicht.“ Viele Mütter müssen ihre Kinder am frühen Morgen aus dem Schlaf wecken und noch vor Beginn der Arbeitszeit zu den Großeltern oder in fremde Pflege bringen. Wenig Zeit bleibt ihnen, um selbst sich den Kindern widmen zu können. Wie schwer es manchmal ist, dann auch noch genügend Kraft und Mut aufzubringen zum Kampf gegen die herrschende Klasse für eine bessere Gesellschaftsordnung, zeigt folgender Auspruch einer Arbeitermutter mit drei Kindern: — — — es ist uns Arbeiter-trauen nicht zu verdienen, wenn wir manchmal müde und stumpfsinnig in den Tag hineinleben.“

Es kommt erfreulicherweise in den Berichten immer wieder zum Ausdruck, daß durch stärkere Mitarbeit in den Gewerk-schaften manche Verbesserung im Interesse der arbeitenden Be-völkerung geschaffen werden kann. Die Arbeiterinnen ver-kennen dies keineswegs, obgleich es mit der gewerkschaftlichen Aktivität doch noch sehr hapert.

Manche alte Kämpferin berichtet: frei von romantischer Schönfärberei, hart und unerbittlich sprechen die Tatsachen. Eine 59jährige Textilarbeiterin z. B. schreibt: „Der Betrieb ist erstickt. — — — noch geht das Tagewerk nicht, schnell kommen noch einmal die Gedanken, wie lange muß ich noch hier stehen? Sind dreißig Jahre nicht genug der Ironie? Liegt ich nicht Jugend und Leben in diesen Mauern? Erleichte nicht mein Daar in dieser langen Frist? Haben nicht meine beiden Mädel dabei die Mutter oft entbehrt, oft schmerzlich? — Ja, es müßte genug sein — die Beine wollen nicht mehr — ich werde müde — aber die Sorge, die Not diktiert: Du mußt!“ Und am Schluß schreibt sie voller Zuversicht: „Jugend marschiert, nur immer mutig vorwärts, daß, wenn wir abtreten, die Jugend unser Banner trägt — in Ehren, wie es immer im Kampfe stand!“ Das Buch zeigt auch auf, daß starke geistige Kräfte im Volke schlummern, die nur geweckt werden müssen zum Nutzen der ar-

beitenden Bevölkerung. Vieles könnte besser werden. Da fragt z. B. eine 59jährige Arbeiterin: — — — Der Geist ist das Aichfind, er geht leer aus. Aber welcher Unternehmer fragt auch nach Geist und Wissen der Arbeiterin? Eine andere: „Wir haben alle Ursache, recht viel zu wissen — — — Nur eine wissende Arbeiterin wird einst in der Lage sein, eine sozial-istische Gesellschaftsordnung zu schaffen!“

Das noch vielen Zeiten hin so wertvolle Buch birgt wichtiges Material für Sozialpolitiker, Soziologen, Psychologen und Be-völkerungspolitiker, und es wäre nur zu wünschen, daß es in diesen Kreisen auch gelesen wird und entsprechende Beachtung findet. Die Wohnungsbaureform wird in ihrer Wichtigkeit aufgezeigt. Da fordert z. B. eine verheiratete Arbeiterin neben dem Sechsstundentag einen „der Neuzeit entsprechenden Haushalt“. Eine andere schreibt: „Ja, hätten wir nur einen Teil der praktischen Einrichtungen zur rationalen Haushaltsführung, so wäre uns manche Stunde Arbeit erspart.“ Hier sind besonders die Wohn-sachen und Wäschkästen gemeint. Alles in allem, das Buch zeigt klar und deutlich auf, wo Verbesserung eintreten muß, um der Lösung der Arbeiterinnenfrage näherzukommen. Ganz mit Recht wird im Nachwort darauf verwiesen, daß schon durch Auf-besserung der Frauenlöhne eine Besserung der Lebenslage der Arbeiterinnen herbeigeführt werden kann. Auch entsprechende staatliche Sozialpolitik, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Erwei-terung des Schwangerschen- und Wöchnerinnenurlaubes, Ausbau der Erziehungsbeihilfen, neuzeitliche Wohnungsbaupolitik sowie Leistungen der Sozialversicherung, insbesondere der Erwerbs-losen- und Invalidenversicherung, können die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen wesentlich besser gestalten. In diesem Sinne müßte das so ausgezeichnete und wahrheitsgetreue Buch der Textilarbeiterinnen alle Fabrikarbeiterinnen aufzuteilen können. Ja noch mehr! Es müßte alle Arbeiterinnen gerade jetzt in der Zeit des Wahlkampfes an ihre politischen und gewerkschaftlichen Pflichten erinnern. Mütter und kinderlose Ehefrauen, ledige Arbeiterinnen, überhaupt alle Arbeiterinnen finden in dem Buch ihr Schicksal wieder. Würden gerade Fabrikarbeit-erinnen und speziell unsere Kolleginnen das Buch mit Aufmerk-samkeit lesen, sollte man sagen, sie müßten fleißige Mitkämpfer-innen werden.

Fräulein G. m. b. H.

Die eigenartigste „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ der Welt ist eine junge amerikanische Pianistin, Fräulein Johanna Ferguson. Sie ist 22 Jahre alt und hat in Amerika mit Erfolg mehr als 200 Konzerte gegeben. Fräulein Ferguson hatte, als sie 18 Jahre alt war, kein Geld mehr, um ihr Studium zu vollenden. Einem Tages entdeckte sie in einer Zeitung eine Anzeige, in der sich Geldmänner bereit erklärten, die Kapitalien zur Gründung einer soliden Gesellschaft zu geben. Sie meldete sich und erklärte den Geldgebern, sie wolle diese Gesellschaft mit sich als einzigem Teilhaber gründen. Man forderte sie auf, vorzuspielen, und war begeistert. So wurde Fräulein Ferguson m. b. H. allein eine Gesellschaft, getragen von sechs Finanz-männern, denen sie Dividenden bezahlte, und die sie in nächster Zeit ganz abzufinden hofft.

LINDCAR
Setzt auch Nähmaschinen!
LINDCAR-FAHRRADWERK AKTIENGESELLSCHAFT
BERLIN-LICHTENRADE
Unternehmen der freien Gewerkschaften
Lindcar-Fahrräder und Lindcar-Nähmaschinen
gegen kleinste Wochenraten, durch das Werk, unsere
Niederlagen und alle Ortsausschüsse des A.D.G.B.

UNTERHALTUNG WISSEN

Vorher — Hernach. Die Geschichte eines Findlings.

Von Erich Herrmann.

NV.

(Nachdruck verboten.)

Das Gesellenstück stand fertig in der Werkstatt. Es mußte nur noch geölt und gewacht werden. Der Meister ging mit kritischen Blick um die fertige Arbeit herum, fühlte da und dort mit seinem Finger über die Fugen und Klanten und ließ Schlitze und Löcher spielen. Ein zurückgelehntes Kopfschild begleitete die Prüfung.

„Du solltest dir nun wirklich ein wenig Freude und Fröhlichkeit gönnen!“ meinte der Meister nicht ohne Absicht. „Der ist zum Duckmäuser geboren“, spottete Karl Feiger, der Geselle. „Aus einem, der nur in der Kammer hoch, in den Wäldern Sonntags spazieren läuft und immer nur schreibt und Bücher liest, wird nie ein rechtlicherer Tischlergeselle.“

Andreas nahm den Spruch nicht krumm. Er hatte seine bestimmte Absicht dabei. Als Meister Schirmer die Werkstatt verließ, rüde er dem Gesellen näher und sagte lebhaft: „Ich bin kein Duckmäuser, auch kein Geizhager, sondern nur ein wenig scheu und wenig unter lustigen Menschen gekommen. Die Bücher sind mir eigentlich das Liebste. Aber dann und wann tut es mir doch leid, daß ich nicht so vergnügt sein kann wie du. Du bist ein Mann, der in der Welt umzugehen weiß.“

Der Geselle merkte die Blumigkeit der Schmeichelei nicht. Er strich sich unternehmend und selbstgefällig den Schnurrbart, den er Sonntags stets in die Büchse legte, bis die Enden fast in die Augen stachen.

„Das kann man wohl sagen“, dröhnte er, „ein Dukend Seidel bayrischen Biers sind eine Kleinigkeit für mich. Meulich wollte der Metzger nach geschlossener Lade einen Gang mit mir wagen und mich unter den Tisch trinken. Er lag schon unter dem Tisch, als ich mit meinem halbvollen Glase die Nagelprobe machte. Und wenn ich jünger! . . . Deine Lieder! . . . Keiner außer mir . . .“

Er schnappte mit den Fingern. Andreas verstand ihn nicht ganz. Vorichtig versuchte er, das Gespräch nach dem gewünschten Ziele zu steuern.

„Was sind das für Lieder?“ fragte er darum weiter. „Du wirst ja nun bald freigesprochen und in die Brüderlichkeit aufgenommen. Ich jünger dir zu Ehren, wenn du eine Kunde ausgibst, eine ganze Japsel. Vor Mädchen darf man sie natürlich nicht hören lassen. Wenn ich in der Gesellenherberge jünger, darf die Kellnerin nicht bedienen. Natürlich horcht sie hinter der Tür. Und wenn ich heimgehe, kriegt ich immer einen Fuß von ihr im dunklen Stur.“

„Für deine Lieder?“

„Na, ich bin doch auch sonst ein strammer Kerl! Hast du noch kein Mädel im Dunkeln im Arm gehabt?“

Andreas schüttelte den Kopf. Dabei stieg ihm die Röte in das Gesicht. Merkte der Geselle, worauf er hinaus wollte? Aber der machte ein dummes, selbstbewußtes Gesicht.

„Da gehörst du in den christlichen Männer- und Jünglingsverein! . . . So etwas! . . . Damit behält dich nicht auf der Gesellenkneipe, Mensch! Die lachen dich aus, daß du dich vor Scham bebst. Kinder! Kinder! Was gibt es heute im christlichen Handwerk für zahme Betrüder! Achtzehn Jahre und noch nie mit Mädeln hübsch getan? . . . Ich kann dir sagen: Ich war kaum aus der Schule heraus, da lief ich schon wie ein Wilder hinter ihnen her. Man muß sie nur richtig behandeln. Manche sind schüchtern und „scheutieren“ sich, andere wieder glauben sofort, wenn man ihnen auch das Blaue vom Himmel herunter verpricht. Bei denen muß man vorsichtig sein, denn die sehen in jedem Aug ein Vertragsverprechen, und wenn man sich weiter mit ihnen eingelassen hat, wollen sie immer vor der Kintabgabe noch im Myrtenfranzlein als reine Jungfrauen gerant werden.“

Andreas mußte an Eufiska, seine Mutter, denken. Er wollte sich von dem rohen Gespräch abheben und eine wichtige Arbeit vorziehen, aber der Drang zum Wissen und nach Erfahrungen ließ ihn nicht mehr loskommen.

Manche wollen nur für den Sonntag einen stattlichen Begleiter zum Tanze und zum Nachhausegehen. Es ist doch schonbar für ein hübsches Mädchen, ohne Tänzer im Saale herumzuwandern. Wer aber nicht schon einen festen Verehrer mitbringt, hat wenig Aussicht, hernach im Tanzgewühl zu einem Tänzer zu kommen. Unter diesen Mädels erwählt man die Freigebliebenen, die für ihren Kapitalier die Begehrtesten sind. In jedem Jünger konnte ich eine haben. Aber die meisten vertragen die Laitene nicht. Wenn sie dahinter kommen, ist Schluss. Immer einen alleine haben, ist ihr Gusto. Wer denen nimt dich in acht. Gang mit so einem kleinen, harmlosen Dinge an. Du kommst auch auf deine Rechnung.“

„Du hast es leicht“, wandte Andreas ein und steuerte auf sein Ziel zu, „aber ich?“

„Warum solltest du keine Liebste kriegen?“

„Wie soll ich es denn anfangen?“

„Ach so“, rief Karl Feiger durch die Zähne, „so sieht es um dich aus! Du gerast dich nicht? Am . . . Ja, mein Lieber, etwas Courage muß ein angehender Liebhaber schon haben. Stangehen, Andreas! Keine Angst haben! Wenn ein Mädel zur Tanzwahl geht oder abends unterm Torbogen steht und die Augen herumguckt, dann wartet es auf einen Liebhaber, der ihr in die Lure kommt. . . . Schönes Fräulein, warum so offener? jagt man da. Eder: Hat sich noch kein Verehrer gefunden, niedliches Kind? . . . Schon hängt sie dir am Arm. Dann . . . Du bist ja für Abend. Kommt sie, begierst du mit ihr ins Dunkle. Schon am Mitgehen merkst du, wie weit du schon an der Hand bist.“

Andreas trat einen Rückzug an, denn er wußte genug und schaute sich jetzt, sein inneres Schauen vor den Augen des Gesellen ausgebreitet zu haben.

„Da magst recht haben“, sagte er und hatte tief Atem. „Für einen rechtlichen Menschen ist das nichts. Denn ich hinter den Büchern esse und lerne noch etwas für das . . . bringe ich meine Zeit best.“

„Du wirst schon noch auf andere Sprünge kommen. Wer man braucht, muß man haben. Darin und ich alle gleich. Denn einer kommt's früher, beim anderen später. Ich bin wie ich bin. Ein guter Trunk, ein lustiges Lied und ein heißes, dickes Mädel. Bei der Arbeit zu verblöden, hab ich keine Lust. Wenn man sich die Woche über rechtlich gequält hat und der Kranke aus dem Bett mit dem Wochenlohn herandrückt, dann kommt das Herz an die Reihe. Glaub mir's, die neuen Apffel, an die du dich hängt, bringen dir den Himmel nicht auf die Erde. Solange man Geselle ist, hören sich die Lehren der Sozialdemokraten sehr schön an. Ich war auch einmal so verlesen darauf wie du. Aber wenn man dann selbst Meister ist und ein hübsches, zwanzigjährige Meisterrin in der Küche herumwirbelt, möchte man am Gotteswillen keine anführerischen Gesellen in der Lure haben. Dann braucht man den Jünger für sich und die Meisterrin. Gesellen, die von höheren Löhnen leben, nicht man dann am liebsten vergüten. Ich hab mir's beizien überlegt. Solche Phantasien sind gut für Leute, die's zu nichts bringen und ewig Gesellen oder Leiharbeiter sind. Den

Himmel auf Erden bringen und nicht die Sozialdemokraten, sondern viel eher die Mädels. Ich hab' jetzt eine, die immer abends am dunklen Viehmarkt auf mich wartet. Die hat einen warmen Mund, sag ich dir. Man kann sich im kältesten Winter an ihr wärmen. Und Hüften und noch so allerhand Molliges. Bei der lobst es sich schon, ein Krümlein einzuspflanzen. Und wenn es gut geht, wird sie auch Frau Meisterrin, denn sie hat ein paar Hundert an Talern auf der Sparkasse liegen und erbt noch einmal von einer alten Tante ein Häuschen auf der Wiesenstraße. Dann wird eine Werkstatt angemacht, tagsüber geschuftet und abends mit der reinen Schürze mit den zünftigen Bürgern im Ratsteller gefessen. Meinst du, daß ich dann Lust habe, mir einen sozialdemokratischen Gesellen in die Werkstatt zu nehmen, der nur acht Stunden arbeiten und ein tolles Geld als Lohn haben will, damit mir's nicht auf die Schoppen im Ratsteller langt? Ne?“

„Also mich würdest du nicht nehmen?“

„Dich schon, denn du bist ein ganz Bescheidener. Wenn du nur so bleibst. Aber lag die Bücher in der Kiste, das rat' ich dir. Die machen nur unglücklich.“

Im „Grünen Baum“ am Löpfermarkt, in dem die besseren Bürger verkehrten, ludte am Sonntagabend die Fiedel, quackte die Klarinette und dröhnte im stampfenden Takt der Bass. Die Fenster standen weit offen. Lichtschein fiel auf die Gasse. Das Spiel hallte von den Wänden der anderen Marktseite wider und verströmte in der Abendstille der kleinen Stadt.

Die alte Unruhe trieb Andreas näher. Er war seinem dunklen Sehnen im Blute verfallen. Er stellte sich unter das Fenster und wartete einen schönen Blick in das Gewoge der umflügelten Menschen.

So stand er und merkte nicht, wie ein kleines, feines Ding neben ihm auftauchte, sich auf die Lehnen stellte und lehnstüchtige Blicke zum Fenster hineinschickte. Suchte sie einen Menschen? Andreas quälte sich ein passendes Wort ab. Mühte man bei einem solchen feinen, kleinen Mädel nicht mit aller Befusamkeit und Zartheit kommen? Wie, wenn sie nach dem ersten Ansehen und harten Worte davonstob? Er grübelte und grübelte, dachte

an ein Gedicht, das er in der vergangenen Nacht aufgeschrieben hatte und das von einer Mäde erzählt, die Gräße vom Geliebten zur Geliebten brachte.

Und doch . . .
„Wie war das gekommen?“
Ihre Körper berührten sich. Ungewollt. Die Kleine, Feine stellte sich wieder auf die Lehnen, um in den Saal zu schauen, schwanke ein wenig und berührte ihn. Es ging wie ein Ruck durch beide. Sie merkte erst jetzt, daß im Dunkel der Mauer noch jemand neben ihr stand.

Jeber hielt nach der Verührung still, um nicht unfreundlich zu sein. Doch schon floß das gleiche Wünschen von Körper zu Körper. Keines wagte, den Arm zurückzuziehen und die Verührung zu lösen. Andreas legte seine und unmerkbar den Arm um ihre Hüfte. Sie ließ es geschehen.

„Komm aus dem Lichtschein. Liebe!“ sagte er leise und dachte auf einmal blühschnell an den Brief von Eufiska.

Sie wandte ihm ihr Gesicht zu. In dem lag ein selbes Verwundern.

„Du bist so lieb und fein“, flüsterte sie zurück, „ich will mit dir kommen.“

Andreas freute sich, wie sie unbefangen das „Du“ ausnahm und ihm ihr frisches, hübsches Gesicht in gutem Vertrauen zuwandte.

„Das hier ist nichts für uns beide“, raunte er ihr ins Ohr, „wir beide brauchen nicht am Rande der Freude zu stehen. Man trägt das Glück mit sich herum und kann es mit vollen Händen dem anderen geben.“

Sie sah verwundert zu ihm auf und überlegte lange. Dann meinte sie: „Du sprichst wie einer, der auf die hohe Schule geht und bist doch bloß der Geselle vom Meister Schirmer . . .“

„Du kennst mich?“

„Ich hab' dich oft gesehen und du hast mir immer gefallen. Doch du gingst immer so stolz an uns Mädels vorbei. Hast du schon eine andere lieb?“

„Komm die Löpfergasse hinab“, drängte Andreas, „die ist still und einsam . . . Und . . . ich hab' noch nie ein Mädel lieb gehabt . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Das ruhende Werk.

Da liegt das Werk, das Stund um Stund
Mit seinem großen Rachenmund
All meine Freuden trank . . .
Hier hab ich Tag um Tag geschafft,
Hier gab ich meine letzte Kraft
Dir, die ich noch besah.

Nun liegt es da, ein zahmes Tier
Und nichts verrät, mit welcher Bier
Es gestern noch geschrien
Es schrie nach Leben und nach Blut,
Und jeder Schrei war wilde Mut
Und zorniges Funkenprüh'n.

Und dort die Uhr am grauen Tor
Schritte täglich um die Stunde vor,
Die wir im Werk verbracht . . .
Auch sie steht still, das Uhrwerk schweigt,
Kein Feiger, der die Zeit anzeigt,
Auch sie hat Schluss gemacht.

Ein bitteres Wort: für immer Schluss.
Nun weiß ich, daß ich hungern muß,
Und dennoch will ich leben!
Und meines Herzens letzte Gut,
Die letzte Kraft, mein letztes Gut,
Dem Volk der Arbeit geben.

Da liegt das Werk. Die Räder ruh'n.
Das Werkzeug rostet in den Truh'n,
Wohlan, es mag verrotten!
Wir aber drängen aus dem Tor
Des Sklaventums zur Nacht empor
Und well'n das Leben kosten!

M. Bod.

Der Lohnstag.

Wie die Karawane, durch die sonnendurchglühete sandige Wüste ziehend, sich nach der erquickenden Oase sehnt, so sehnen sich Woche für Woche Millionen Arbeiter und deren Familien nach dem nächsten Lohnstag. Denn auch er ist für sie eine Art Oase in der Wüste ihres Proletariatslebens, durch das sie ziehen müssen. In diesem Tage kommt ein wenig Geld ins Haus und ein größeres Stück Brot auf den Tisch. Und dann heißt es wieder sparen, knudern und auf den nächsten Lohnstag warten.

Abermals stehen Männer und Frauen eine Woche lang Tag für Tag an den Maschinen und Werkstätten und schaffen. Das Produkt ihrer Arbeit bringt die Eisenbahn hinaus in alle Länder. Vor dort strömen die Zahlungen an die Firmen oder deren Bankhäuser. Und wenn der Lohnstag naht, holen die Boten der Firma die erforderlichen Beträge ab, damit sie in der Lohnstunde abgezählt und in Lohnkästen oder -büchsen getan werden. Kommt dann wieder der Lohnstag, ildern hundertaufende dünne Rinnale in ebenso vielen Haushalte, und von da strömen sie wieder zusammen in den Läden der Nahrungsmittelhändler, in den Schuh- und Kleidergeschäften. So geht es Woche um Woche, Jahr um Jahr.

Wir Menschen gewöhnen uns an alles. Auch an die widerliche, so daß wir ihren Wibern gar nicht mehr empfinden. . . . Ich jense nicht, der darin liegt, daß Menschen, die ihr ganzes Leben lang arbeiten, arm bleiben. Arbeit ist doch die Quelle des Reichtums. Aber die Menschen, die ihn schaffen, werden nicht reich, sondern bleiben arm ihr ganzes Leben. Und weil sie arm sind, darum müssen sie arbeiten. Gingen werden jene, die nicht arbeiten und dafür die anderen für sich arbeiten lassen, reich und reich. Das ist nun einmal so in dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die von Gott und den Kapitalisten gewollt ist. Die arbeitenden Menschen bekommen nicht den Ertrag ihrer Arbeit, sondern nur einen Bruchteil davon: ihren Lohn. Der Ueberrest gehört dem Unternehmer und macht ihn reich. Das ist nach den verhandelten Regeln kapitalistischer Plutokratie ganz und gar in der Ordnung!

Ungezählte heimliche Tragödien spielen sich an jedem solchen Lohnstag in den Familien der Arbeiter ab. Auch dann, wenn der Mann seinen Lohn bis auf den letzten Groschen heimbringt. Denn doch die Mauern und Wände der Häuser in den Proletariatsvierteln durchdringt wären wie Glas! Das für anfrüttelnde, ja anfrüttelnde Szenen könnte man da sehen! Frauen, die mit sorgenvollen Mienen über den Außenstehenden geizig, die wenigen Gelbfische und Münzen betrachten und sich vergeblich mühen, sie so einzuteilen, daß sie zur Festhaltung der dringenden Ausgaben reichen. Das bekommt der Vater, das der Schwiter, der Junge braucht sehr

notwendig eine neue Soie, das Mädel ein Kleid, der Mann braucht unbedingt neue Schuhe, auch Kohle ist unbedingt notwendig. Es reicht weder da noch dort. So ist es in fast allen Arbeiterfamilien. Und der Mann sitzt mit verbissener Miene daneben und fühlt ohnmächtige Mut darüber, daß er trotz seiner Arbeit nicht in der Lage ist, seine Familie nur halbwegs zu ernähren und für sie zu sorgen. Er ballt die Fäuste, Vergehens . . .

Fällt dann ein bitteres Wort, sei es der Frau, sei es des Mannes, dann kommt es zu heftigen Szenen zwischen Menschen, die einander im Grunde ihres Herzens auf und und die nur die Not, der sie nicht entrinnen können, mit Bitterkeit gegeneinander erfüllt.

Solche stillen Tragödien spielen sich Woche für Woche an jedem Lohnstag ab, zu Tausenden. Es sind Ausbrüche der Verzweiflung arbeitender Menschen, die trotz Arbeit und Plage, Sparsamkeit und Entbehrungen Woche für Woche vor dem Nichts stehen. Und dennoch ist der nächste Lohnstag wieder ihre Hoffnung. Von Woche zu Woche ein Jahr nach dem anderen. So schleppen sie sich mühselig durch die steinige Wüste ihres Lebens.

Und werden noch beneidet von den Unglücklichen, für die im Betriebe des Wirtschaftslebens keine Arbeit vorhanden ist, und denen die bürgerliche Gesellschaft höchst widerwillig eine larve Unterstützung ausstreckt. Und noch schmerzlicher als die Arbeiter, die Arbeit und Brot haben, ersehnen die Arbeitslosen ihren Lohnstag herbei, an dem sie nach langer Arbeitslosigkeit zum ersten Male statt der Unterstützung ihren wohlverdienten Lohn für geleistete Arbeit in Empfang nehmen können, der ihr Glend mildern würde.

Aber dieses Glend wird kein Lohnstag je aus der Welt schaffen können.
Ein Lohnstag nicht. Aber ein Bahltag!
Heinrich Dolel.

Kampf als Erlebnis.

Wir leben in einer Krise der Wissenschaft. Das reine Erkennen und Verarbeiten betreibt den Menschen nicht. Die Versuche, das Bild eines großen Menschen nicht nur geschichtlich wahr, sondern auch künstlerisch erlebt zu gestalten, sind bezeichnend. Die Wissenschaft bewegt sich zu dem, was Volk schon immer von Wissenschaft verlangte, zur Einheit von Wahrheit und Erleben, Fortschritt und Kunst. Wir sind ganze Menschen mit Hirn und Herz und wollen als ganze Menschen vom Geistigen des Lebens erfüllt sein.

In den genialen Menschen, die da weit herausdragen aus ihrer Zeit, zeigte sich schon immer dieses Bedürfnis nach Einheit von Erkennen und Gefühl. So wie Goethe alles „verbakt“ war, was ihn bloß „belehrt“ ohne seine „Tätigkeit zu vermehren oder unmittelbar zu beleben“. Und es geschah aus solchem Erleben der wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit, daß er mit seinem geistigen Auge naturwissenschaftliche Tatsachen erkannte, ehe er sie positiv zu beweisen imstande war.

Wir sehen die Welt falsch, wenn wir sie nur in all ihren Einzelheiten erkennen. Wenn wir die Einzelheiten nur zusammenhengen zum Ganzen, wie man eine Maschine aus ihren Teilen zusammensetzt. Zu solch mechanischem Denken hat das Zeitalter der Maschine allerdings viele entsetzt, und sie wissen nicht mehr, daß organisiertes Leben Organismus ist, und daß zum Organismus auch das gehört, das wir Seele nennen, innerliches Erleben und Mitgefühl. Ja, durch dieses Erlebnis des erkannten Lebens erhält Leben, erhält auch jede geistige, soziale Bewegung ihren Schwung und ihre Energie zur Entwicklung.

So leben wir auch die gewerkschaftliche Entwicklung falsch, wenn wir nur die Verbände sehen, die Gauen, die einzelnen Kampfe und das wirtschaftliche letzte Ziel, um das es geht. Erst dann zeigt sich uns die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Größe, wenn sie sich uns in ihrer unspannendsten Menschlichkeit zeigt.

Wir müssen die Bewegung solidarisch erleben, wenn wir sie erfüllen wollen in der Tiefe ihrer Lebenskraft und der herrlichen Größe des Endziels. Nur wenn wir sie solidarisch erleben, erschauen, erkennen, erfüllen wir sie. Nur dann ergreift sie uns im Hirn und im Herzen. In unserer ganzen geschlossenen Persönlichkeit.

Erkennen und solidarisch erleben! Verstehen und brüderlich alles umfassen! Mit klarem Verstande und glühendem Herzen! So und nur so tragen wir Kampferium. So nur glauben wir, auch in dunkelsten Tagen. So nur verstehen wir, weil das begeisterte Herz alles erblickt.

Die Ethik des Kampfes ist nicht nur ein Beiwerk, ohne das wir die Aufgabe auch vollbringen könnten. Nein, niemand kennt die Bewegung recht und echt, dem sie nicht im Erlebnis wurzelt. Nur mit dem Auge solidarisch-menschlichen Fühlens leben wir rein und tief und weit.

So ist die Welt, wie du sie siehst und fühlst, und so die Zukunft, wie der begeisterungsstrobe Kampf geistiger Menschen sie gestaltet.
Dr. Gustav Hoffmann.